

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

44 (21.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelheft 10 3. Samstags 15 3. — Anzeigen: die einspaltige Kleinzeile 20 3. am Samstag 25 3. Reflektoren 80 3. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie. sämtliche in Karlsruhe.

Demission des Kabinetts Marx

Ablehnung des Vertrauensantrages

Berlin, 20. Febr. Bei der Abstimmung im Preussischen Landtag über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien wurden abgesehen 439 Stimmen. Mit 234 Stimmen 218, mit Nein 221. Damit ist der Vertrauensantrag abgelehnt. Ministerpräsident Marx erklärte darauf im Namen des Gesamtkabinetts die Demission des Kabinetts.

Berlin, 20. Febr. Die Zentrumsfraktion, die nach der Ausrufung zusammentrat, hat einstimmig beschlossen, die Abgeordneten v. Papen und Voenaich, die der heutigen Abstimmung demonstration fernblieben, aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. Sie hat weiter beschlossen, an der bisherigen Politik festzuhalten und die Kandidatur wieder aufzustellen. Marx hat sich auch bereit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl wieder anzunehmen und wird für den Fall der Wiederwahl das gleiche Kabinett präsentieren. Die neue Ministerpräsidentenwahl wird voraussichtlich am 4. März stattfinden.

Der Billigungsantrag der Regierungsparteien ist also gefallen, aber daß damit bereits die endgültige Entscheidung über die Regierung Marx gefällt ist, dürfte u. E. ein großer Irrtum sein.

Die kommunistisch-völkisch-deutschnationale Opposition hat sich in den letzten Wochen schon einmal den Sturz einer Regierung geleistet und die Bildung eines neuen Kabinetts Braun verhindert. Als aber das Parlament zerfiel, hörte die Gemeinschaft dieser Opposition auf und im Verein mit der Sozialdemokratie mußten das Zentrum und die Demokraten eine neue Regierung auf die Beine stellen. Die Opposition kann also zwar Regierungen stützen und jede praktische Verwaltungsarbeit verhindern, aber sie ist nicht in der Lage, anstelle des gestürzten Kabinetts ein neues Ministerium zu setzen. So war es geschehen, so ist es heute, und damit ist für die Koalitionsparteien die Taktik für die nächsten Wochen von selbst gegeben. Die Koalition wird am 4. März einen neuen Ministerpräsidenten wählen, und dieser Ministerpräsident kann nicht anders heißen als Dr. Wilhelm Marx. Preußen soll der Reaktion nicht ausgeliefert werden, mag kommen was will.

Daß es den Koalitionsparteien Ernst ist, der Opposition des kommunistisch-deutschnational-völkischparteilichen Bündnisses unter allen Umständen Stand zu halten, geht aus der oben mitgeteilten Haltung des Zentrums so wohl wie aus der folgenden Entschließung der Demokraten hervor.

Erklärung der demokratischen Landtagsfraktion
Berlin, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) Die demokratische preussische Landtagsfraktion, die unmittelbar nach dem Rücktritt des Kabinetts Marx zu einer Sitzung zusammengetreten war, wendet sich mit einer einstimmig gefassten Entschließung an die preussischen Wähler, um ihnen die wahren Ursachen der neuen Krise vor Augen zu führen. „Solange die große Koalition besteht“, heißt es in der Entschließung, „konnte das

Land Preußen in Ruhe und Ordnung verwaltet werden. Die Deutsche Volkspartei hat die große Koalition aus nichtigen Gründen zerfallen. Die Deutsche Volkspartei trägt in erster Linie die Verantwortung dafür, wenn es jetzt in Preußen an einer festen Regierung fehlt, die die immer dringender werdenden Aufgaben lösen könnte. Die deutsche demokratische Fraktion des preussischen Landtags ist fest entschlossen, mit aller Kraft an ihrer bisherigen Politik festzuhalten und aus nationalen Gründen den Übergang der preussischen Verwaltung an die Reaktion zu verhindern.“

Die „Rote Fahne“ und die „Kreuzzeitung“ jubeln

Berlin, 21. Febr. (Eig. Funddienst.) Im Lager der kommunistisch-deutschnational-völkischparteilichen Opposition des preussischen Landtags herrscht Jubel über die drei Stimmen Mehrheit, mit der sie das Kabinett Marx zum Rücktritt gezwungen haben. Die „Rote Fahne“ schreibt: Marx mußte abtreten. Der Landtag muß ihn folgen. Auflösung und Neuwahl müssen erzwungen werden.

Das gleiche Horn läßt, und das ist sehr bezeichnend, die gelbeschwarze „Kreuzzeitung“, die die Meinung der äußersten Rechten vertritt. „Was nun? Es bleibt eigentlich nur die Auflösung des Landtags übrig. Einen Ausweg gibt es, mit einem Schläge aus dem parteipolitischen, demokratischen Stand herauszukommen. Bildung der Regierung aus den bürgerlichen Parteien, die auf christlich-nationalen Boden stehen, nämlich aus Zentrum, Deutscher und Deutschnationaler Volkspartei und Wirtschaftervereinigung.“

Demgegenüber betont der „Vorwärts“ noch einmal mit Recht: „Es heißt aller Logik und allem antizipierenden Empfinden Gewalt antun, wenn man meint, der Sinn des geistigen Vorganges sei der, das Zentrum zum Verzicht auf seinen Willen zu zwingen. Solange sich das Zentrum gegen diese Zumutung wehrt, wird es der Unterstützung und der Zustimmung aller aufrichtigen demokratischen Kreise sicher sein.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet zwar Auflösung und Neuwahlen als die Förderung der nationalen Wählerenschaft. „Bedeutung ist dabei, daß die Deutsche Volkspartei nicht so „national“ denkt, wie es ihr antizipierend etwas ungemühtlich ist, ihr von reinen politischen Maßstäben diktiertes Verhalten vor der Wählerchaft verteidigen zu müssen.“

Für die „Zeit“ heißt, wenn das Zentrum nicht zu Kreuze kriecht, nur eine Lösung als Zwischenlösung übrig: Die Bildung eines parteipolitisch neutralen Kabinetts. Vielleicht bemüht sich bei diesem Versuch noch einmal die persönliche Mächtigkeits- und Autorität des Herrn Marx, schmeichelt das Organ Stresemanns. „Wer die Debatte im Landtag und die Erörterungen in der Oppositionspresse aufmerksam verfolgt hat“, schreibt heute morgen die „Germania“. „Am über die letzten Bewegungen der Rechten nicht im Zweifel sein. Es ist ihr eben ein unerträglicher Gehaß, daß Preußen von einem Kabinett regiert wird, in dem so viele „weltliche“ katholische Minister sitzen.“

Die Frage, was soll nun geschehen, beantwortet das Blatt wie folgt: „Die Koalitionsparteien brauchen sich der Niederlage nicht zu schämen. Ihr endlicher Sieg bei späterem und entschlosseneren Ausbrennen ist durchaus erreichbar. Und diesen Weg werden die Koalitionsparteien weitergehen, dann es gilt die staatspolitischen Ziele in einer schmerzlichen Zeit zu verteidigen, was es wohl ist, es ist einfach eine unumgängliche Sache, daß sich die Zentrumsfraktion der Zentrumspolitik der Deutschen Volkspartei beugt. Und wenn die Opposition noch mehr solcher Siege wie gestern erringt, es wird ihr nicht gelingen, das Zentrum von seinem bisherigen Weg abzubringen.“

oder ob ihn Wolke auch später noch befehlt habe. Schließlich bestreitet Herr Dr. Stresemann, daß er Herrn Ertwein ein Empfehlungsschreiben ausgeteilt habe, zumal auch Herr Ertwein verneint, Herr Stresemann niemals um ein solches angegangen zu haben. Eines schließt jedoch das andere keineswegs aus. Wenn die Tatsache feststeht, daß Krafft im Verlaufe seines Empfehlungsschreibens ist, dann wird es auch Herr Stresemann nicht aus der Welt dementieren können.

Die deutsch-französischen Verhandlungen

Die Abreise der deutschen Delegation verschoben

Paris, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist am Freitagabend eine neue überraschende Wendung eingetreten. Wenn der Gedanke einer vorübergehenden Unterbrechung noch nicht ganz aufgegeben worden ist, so haben sich doch im Laufe der den ganzen Freitag zwischen dem Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Handelsminister Renaudis fortgesetzten Aussprachen neue Verhandlungsmöglichkeiten ergeben, die die deutsche Delegation dazu bestimmen haben, ihre für Samstag geplante Abreise nach Berlin zu verschieben. Die nächste Vertretung zwischen den beiden Delegationschefs ist für nächsten Donnerstag anberaumt. In der Zwischenzeit sollen die Sachverständigen verhandeln, die unten von beiden Seiten sowohl für das Protokoll wie für den endgültigen Vertrag gemachten Vorschläge auf eine gemeinsame Formel zu bringen.

Kriegsgerichtsurteile

Genf, 20. Febr. Das Kriegsgericht verurteilte in contumaciam den Major von Sommerfeld zum Tode, den Soldaten Raffers, den Eisenbahnbeamten Karl Krauer, den Landjäger Fritz Schwede, den Hauptmann Band und den Berliner Richter Georg Gasser zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Fünf Gefallene

Die Barmat-Affäre und ihre Auswirkungen

Am Donnerstag hat der Untersuchungsausschuß des Reichstags nach kurzer Unterbrechung seine Arbeiten wieder aufgenommen, um Licht in das Dunkel der Barmat-Affäre zu bringen. Was er bisher an positiven Tatsachen zutage gefördert hat, ist nicht viel. Immerhin ist durch die Vernehmung des Freiherrn v. Malchahn festgestellt worden, daß trotz der schlechten Auskunft, die über Julius Barmat in Berlin eintrat, die kaiserliche Regierung keine Bedenken trug, „mit dem Betrüger ersten Grades“, der „auf alle schwarzen Listen gehört“, umfangreiche Lebensmittelschäfte abzuschließen und ihn auch als politischen Agenten zu verwenden. Ein besonders starkes Reinlichkeitsgefühl scheint also bei der kaiserlichen Regierung nicht vorhanden gewesen zu sein, denn es steht fest, daß Barmat die finanziellen Grundlagen zu seinem Aufstieg aus den fetten Gewinnen gezogen hat, die ihm die Lebensmittelschäfte mit dem Kaiserreich einbrachten.

Während die Untersuchungsausschüsse des Reichstags und des preussischen Landesparlaments ihre Nachforschungen darüber, wie weit Parlamentarier an dem Kreditbetrug der Gebrüder Barmat und Kautster beteiligt sind, fortsetzen, scheint es notwendig, einmal in einem Rückblick festzustellen, was durch die Enthüllungen der Berliner Rechtspresse an Material über korruptive Erscheinungen in unserem parlamentarischen Leben eigentlich zutage gefördert worden ist. Gegenüber dem verlogenen Geschrei, das die Rechtspresse Tag für Tag anstimmt, muß klar und bestimmt hervorgehoben werden, daß bisher nur fünf den republikanischen Parteien angehörende Persönlichkeiten festgestellt werden konnten, die man für das politische Leben als gefallene betrachten muß. Von diesen fünf Gefallenen gehören drei dem Zentrum, zwei der Sozialdemokratie an. Nicht leugnen läßt sich, daß die Verfehlungen dieser fünf Politiker reichlich Wasser auf die Mühlen derjenigen geleitet haben, die es als ihre Lebensaufgabe ansehen, die Republik und das parlamentarische System in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Nichtsdestoweniger wird kein ehrlicher Republikaner jenen wollen, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Dinge verborgen geblieben wären. Man sieht heute deutlich, daß das Schlimmste, was uns die Ruhrkriegs- und Ermächtigungsperiode gebracht hat, die Korruption ist. Und wer den Dingen tiefer auf den Grund schaut, erkennt, daß es die mit Beginn des Ruhrkriegs einsetzende faktische Umgestaltung der Kontrollrechte des Reichstags war, die die korruptiven Keime, die von der Kriegszeit her noch überall vorhanden waren, stellenweise zu unerwünschter Entwicklung brachten. Andererseits zeigt uns aber auch die rücksichtslose Energie, mit der das Zentrum und die Sozialdemokratie gegen Fleischer, Lange-Segermann, Höfle und Bauer vorgegangen ist, daß die republikanischen Parteien Korruption, Bettentriebelei, Verjüngung und Parteibruderschaftsverfälschung in ihren Reihen nicht dulden.

Betrachten wir uns die fünf Gefallenen näher, so finden wir einen früheren Reichstagsabgeordneten (Dr. Fleischer), der sein Mandat zum Geldverdienen ausnutzt, einen aktiven Reichstagsabgeordneten (Lange-Segermann), der am Kreditbetrug der Gebrüder Barmat beteiligt ist, einen aktiven Reichsminister (Höfle), der Betrugsgelder in der Höhe von 120 000 Mark erhalten haben soll, einen früheren Reichsanwalt (Bauer), der vor dem Untersuchungsausschuß wichtige Tatsachen verschweigt und damit seiner Partei, für die unbedingte Wahrhaftigkeit in öffentlichen Dingen das Lebenselement ist, untreu wird, schließlich einen jetzt in den Ruhestand versetzten Polizeipräsidenten (Michter), der von Barmat in einer für sein Amt nicht einwandfreien Weise sich Geld geliehen hat.

Von dem früheren Zentrumsabgeordneten Fleischer ist zunächst zu sagen, daß er bei der Kandidatenaufstellung zur letzten Reichstagswahl schon nicht mehr das Vertrauen seiner Parteigenossen hatte. Es gelang ihm nicht, seine Wiedererhebung zu erzielen. Daß seine Partei, als sie ihn von der Kandidatenliste strich, ihm kein Unrecht getan hat, zeigen die Enthüllungen, wonach der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer als Aufsichtsrat der Depostiten- und Handelsbank bei dem Goldverkauf für das Reichspost- und Verkehrsministerium das bescheidene Stämmchen von 100 000 Goldmark als „Provision“ eingestekt hat. Auch sonst scheint sich Fleischer als ein recht tüchtiger Geschäftsmann erwiesen zu haben. Fest steht, daß er für die Depostiten- und Handelsbank beim Reichspostminister einen Kredit von 5 Millionen Goldmark durchzusetzen mußte, obwohl diese Bank damals schon so schwach stand, daß eine Aussicht auf rechtzeitige Zurückerstattung dieses Kredits nicht vorhanden war. Von dem geschäftigen Treiben Dr. Fleischers scheint das Zentrum rechtseitig Wind bekommen zu haben. Er wurde gezwungen, von einer Wiederwahl Abstand zu nehmen, nachdem seine Parteifreunde ihm klar gemacht hatten, daß die Republik wohl die „Moral in Aktion“, aber nicht die „Moral in Affäre“ sei.

Ebenso unerfreulich wie die Affäre Fleischer ist der Fall des Zentrumsabgeordneten Lange-Segermann. Von diesem hat die Öffentlichkeit erfahren, daß er in engeren geschäftlichen Beziehungen zum Barmat-Konzern stand. Aus einem Schreiben, das ein Vertrauensmann Barmats auf Lange-Segermanns Veranlassung an Barmat richtete, geht hervor, daß er genaue Kenntnis von den Kreditziehungen hatte, die der wahrscheinlich auf den Zusammenbruch der Rentenmark spekulierende Barmat-Konzern vornehmen wollte. Herr Lange-Segermann scheint auch derjenige gewesen zu sein, der die Bekanntschaft Barmats mit Herrn Höfle zustande brachte und dem die Reichs-

Der Kronzeuge Kreil festgenommen

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Augsburg meldet, ist Ober Kreil, über dessen in Aussicht genommene Verwendung als Zeuge in dem Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten gegen Rothardt am Donnerstag von der Polizei in Augsburg festgenommen worden. Er soll in der Untersuchungssache gegen den württembergischen Attentäter Thurn, den Schreiber der in dem genannten Blatt veröffentlichten Briefen an Kreil, als Zeuge vernommen werden. Kreil trieb sich in Augsburg allzu mittellos herum. Wie das Blatt weiter meldet, ist gegen ihn richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

Stresemann und Spritweber

Berlin, 21. Febr. (Eigener Funddienst.) Herr Dr. Stresemann wendet sich in einer Erklärung gegen die Enthüllungen, die Genosse Heilmann im preussischen Landtag am Freitag gemacht hat. Die reichlich tendenziöse Erklärung, die widerlegen soll, bezieht sich insbesondere auf die Tatsachen, über denen Genosse Heilmann den Scheitler gelüftet hat. Stresemann muß seine Beziehungen zu Spritweber zugeben und bestätigen, daß die Deutsche Volkspartei von ihm Beiträge und Stimmungen erhalten hat. Daß dem Führer der Deutschen Volkspartei diese Anwendungen des Stettiner Fabrikanten nicht mehr erinnerlich sind, ist ihm nicht zu verdenken angesichts der Zeit, nach der Partei Nierensteinen von der Schwerindustrie und dem sonstigen Unternehmertum zur Verfügung zugesichert wurden. Dr. Stresemann muß ferner die Angaben Heilmanns bestätigen, daß er dem Direktor der dunklen Depostiten- und Handelsbank, Wolke, des öfteren empfangen habe. Er will sich heute nicht mehr daran erinnern, ob Wolke nur in Begleitung Dr. Fleischer und Dr. Höfles bei ihm gewesen war zur Beratung des Goldverkaufs für die Reichspost,

vorüberwiegend heute einen Schaden von mehreren Millionen zu verzeichnen hat. Wie bei der Affäre Fleischer, ist das Zentrum auch im Falle Lange-Hegemann energisch gegen den Beschuldigten vorgegangen. Die Zentrumsfraktion hat Lange-Hegemann aus ihren Reihen ausgeschlossen und ihn aufgefordert, sofort sein Mandat niederzulegen, welchem Verlangen der Angeklagte jedoch noch nicht nachgegeben ist.

Noch schwerer als die Affären Dr. Fleischer und Lange-Hegemann trifft das Zentrum der Fall Höfle. Zunächst schien es, als ob Höfle lebhaft ein Opfer der Fleischer und Lange-Hegemann geworden sei. Jetzt weiß man, daß der vor drei Wochen seines Amtes enthobene Reichspostminister sich schwere Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, die an seiner Verhaftung geführt haben. Höfle ist dringend verdächtig, sowohl vom Barmat- als auch vom Michael-Konzern sowie auch von der Depofiten- und Handelsbank Gelder in beträchtlichen Mengen zu haben. Eine zweite Beschuldigung geht dahin, daß er zusammen mit seinem Parteifreund Lange-Hegemann öffentliche Gelder (2 Millionen Goldmark) zu privaten Spekulationen verwendet habe. Es handelt sich bei Höfle also um schwere Verbrechen im Sinne des § 332 des Strafgesetzbuchs, die mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft werden können. Dem Ansehen der Zentrumsfraktion, der Höfle angehört, hat er großen Schaden zugefügt. Mit Recht kann jedoch die „Germania“ schreiben, daß die Partei als solche mit reinem Schilde da steht. Sie hat durch das energische Vorgehen gegen Fleischer, Lange-Hegemann und Höfle gezeigt, daß sie zu den Sünden, die einem Politiker nicht verschieben werden können, das politische Geschäftemachen und die Verschwendung zählt.

Wie das Zentrum, so ist auch die Sozialdemokratie von den Finanzskandalen, in deren Mitte — was angesichts der Verdunkelungsmandate der Reichspresse niemals vergessen und immer hervorzuheben werden sollte — hohe Beamte des alten Regimes stehen, leider nicht unberührt geblieben. Soweit die Finanzskandale bis an die Sozialdemokratie herantreten, stehen dabei im Vordergrund die Namen Bauer und Richter. Was Bauer betrifft, so wird es nicht demjenigen, der dem Grundgesetz huldigt, daß alles verleben, auch alles verzeihen heißt, schwer fallen, seine Verteidigung zu führen. In einem Brief des Barmat'schen Mexima-Konzerns vom 27. Dezember 1922 an Gustav Bauer wird gesagt, daß Bauer die Barmat-Unternehmungen mit Informationen versorgte und dafür Bezahlung erhielt. Bauer bestreitet zwar nicht die Echtheit, wohl aber die Richtigkeit dessen, was in diesem Schreiben steht. Aber selbst dann, wenn alles das, was Bauer zu seiner Entlastung vorbringt, sich alles als richtig erweisen sollte, bleibt doch be-

stehen, daß er mit den Barmats in engen geschäftlichen Beziehungen stand, was von ihm vor dem Untersuchungsausschuß verschwiegen, ja sogar abgeleugnet worden ist. Erwiesen ist also, daß es Bauer an Wahrheitsliebe in bedenklichem Umfang hat fehlen lassen. Gerade die Sozialdemokratie muß aber von ihren Führern leidenschaftliche Wahrheitsliebe in allen großen Dingen des Lebens verlangen. In dieser Erkenntnis hat der Parteiuersuchungsausschuß, als Bauers mangelnde Wahrheitsliebe bekannt wurde, ihn aufgefordert, sofort sein Mandat niederzulegen, welchem Verlangen Bauer auch entsprochen hat. Noch schärfer sind die Berliner Genossen gegen Bauer vorgegangen. Der engerer Bezirksvorstand von Berlin sah in der Aussage Bauers vor dem Untersuchungsausschuß und in seiner Verteidigungsrede vor der Fraktion „einen schweren Vertrauensbruch“, der die Voraussetzungen für seinen Ausschluß aus der Partei erfüllt. Der erweiterte Bezirksvorstand ist dieser Auffassung beigetreten. Bauer ist damit aus der Partei ausgeschlossen.

Über den Fall Richter sind die Akten noch nicht geschlossen. Seine Verfehlungen sind solcher Natur, daß sie ihn ungeeignet für jedes Staatsamt erscheinen lassen. Richter ist aus den parlamentarischen Untersuchungen immer stärker belastet hervorgekommen. Es wird auch behauptet, daß die Staatsanwaltschaft in der Untersuchung gegen die Gebrüder Barmat auf neues Material gestoßen sei, das Richter noch mehr belasten soll. Obwohl selbst die Reichspresse zugibt, daß das, was gegen Richter vorliegt, nur zu einem Disziplinarvergehen ausreicht, hat sich das preussische Staatsministerium doch entschlossen, Richter schon jetzt in den Ruhestand zu versetzen, wobei es wohl von dem richtigen Standpunkt ausieht, daß vieles, was monarchistisch gekennzeichneter Beamten nachgesehen werden müsse, bei republikanisch gekennzeichneter Beamten nicht gebüdet werden könne.

Die Erledigung des Falles Bauer zeigt, daß die Sozialdemokratie überall, wo sich in ihren Reihen Korruptionsercheinungen zeigen, gemißt ist, schonungslos dagegen einschreiten. Bauer hat aufgehört, nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch Parteigenosse zu sein. Richter ist einwillig als republikanischer Beamter festsitzend worden. Die Ereignisse haben unsere Voraussetzung, daß die sozialdemokratische Partei ohne Ansehen der Person aller politischen Feindes entschlossen aufzubrechen wird, bestätigt. Unsinntige Verleumdungen ihrer Führer durch die kapitalistische und kommunistische Presse wird die Partei nach wie vor kein Gehör schenken, wo aber wirkliche Verfehlungen vorliegen, werden sie auch vor den Schranken der Parteigerichtsbarkeit ihre Sühne finden.

bergischen und heßigen Easinen am mittleren Nedar, die bisher ausnahmslos zu Wasser über den Nedar, über Mannheim und den Rhein zu den Seehäfen gefahren worden sind, da es sich dabei um sehr große Quantitäten handelt, jetzt fast reiflos auf den direkten Bahntransport übergegangen sind.

Die Seehafentaxen führen für die Binnenschiffabfahrtsplätze zu ganz besonderen tariflichen Ungeheuerlichkeiten und Absonderlichkeiten. So will Ihnen hierfür nur ein einziges Beispiel anführen. Nach dem Ausnahmetarif 47 kostet der Doppelsentner Reis auf der Strecke Hamburg bis Basel 2,63 M., auf der Strecke Mannheim-Basel — also von dem Platte aus, bis zu welchem dieser überseeische Massentransport in früheren Zeiten, vor dem Kriege, auf dem Wasser gegangen sind, um dort auf die Eisenbahn umgeschlagen zu werden — 2,50 M., also nur 13 Pfennig weniger, obwohl die eine Entfernung 853 Kilometer, die andere nur 250 Kilometer beträgt. (Hört, hört!) Vom Hamburg nach Passau über 814 Kilometer, kostet dieselbe Fracht 2,59 M., von Mannheim nach Passau — auch früher ging dieser Transport bis Mannheim zu Wasser, dann mit der Eisenbahn nach Passau —, über 486 Kilometer, kostet derselbe Transport nicht weniger als 4 M., also 1,40 M. mehr, obwohl die Entfernung ungefähr 330 Kilometer geringer ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Das sind Ziffern, aus denen die absolute

Konkurrenzfähigkeit der Binnenschiffe, die früher diese Transporte besorgten, gegenüber den Seehäfen herabgesetzt, solange eben die Seehafen-Ausnahmetarife bestehen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn heute z. B. die zahlreichen Papierfabriken, die südlich des Rheines liegen und die bisher ihre ganze Produktion für das Ausland von Rehl, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M., Alghafen usw. auf dem Rhein bezim, Main und Rhein nach Rotterdam verfrachtet haben, jetzt dann übergegangen sind, diese ganzen Massentransporte, die jede Woche regelmäßig in großem Umfang erfolgen, auf den direkten Bahnweg zu verziehen.

Die Wirkungen der Ausnahmetarife für die einzelnen Güterarten, die der Binnenschiffahrt gewisse Erleichterungen bringen sollten, sind durchaus nicht so groß, daß sie als Ausgleich für den Schaden angesehen werden könnten, den die Staatstaxen und die Seehafentaxen der Binnenschiffahrt bis heute schon zugefügt haben. Eine wirkliche und durcharbeitende Abhilfe dieser von Woche zu Woche empfindlicher werdenden Schäden für die Binnenschiffahrt können nur die sogenannten

Binnenumschlag-Tarife bringen. Diese Binnenumschlag-Tarife sind ja nun nicht etwas Neues für Deutschland, und was ich hier vorschlage, ist durchaus keine Erfindung von mir oder einem derartigen, die hinter meinen Vorschlägen stehen, sondern wir haben diese Binnenumschlagtarife ja schon vor dem Kriege gehabt, und vor dem Kriege hat sich sowohl die Eisenbahn wie auch die Binnenschiffahrt bei diesen Tarifen gefund und wohl gefühlt. Die beteiligten Binnenschiffahrtstreife haben ihre Wünsche auf eine

schleunige Wiederherstellung dieser Tarife im Westen Deutschlands für das Rheingebiet der Reichsbahndirektion Köln vorgebracht, jener Direktion, die, soweit ich weiß, den Vorstoß in den Ausschuß für die Behandlung dieser Tarife führt. Nützlich hat ja auch im Haushaltsausschuß des Reichstags der Herr Reichsverkehrsminister selbst in aller Form betont, wenn ich recht geübt habe, daß er die Einführung dieser Tarife durchaus sympathisch gegenüberstehe. Ich glaube sogar gehört zu haben, der Herr Reichsverkehrsminister sei der Meinung gewesen, er halte die Einführung dieser Tarife für durchaus bringlich und unumgänglich und würde sich bei der Reichsbahn-Generaldirektion dafür einsetzen, daß ihre Einführung möglichst bald in die Wege geleitet wird.

Allerdings ist mir nun gestern eine Mitteilung über die Ausarbeitung für die Rheinischiffahrt zugegangen, die am 12. Februar dieses Jahres — also vor ganz wenigen Tagen — im „Post zu Gutenberg“ in Mainz stattgefunden hat und die von einer Reihe von rheinischen Handelskammern und sonstigen Interessenten vom Oberrhein, Mittelrhein, auch von der rheinischen Großindustrie beauftragt war und auf der auch ein Vertreter der Reichsbahn in der Person des Herrn Reichsbahndirektionspräsidenten Böhme in Mainz anwesend war, der dort allerdings die merkwürdige Versicherung getan hat, seine Verwaltung kenne zwar den volkswirtschaftlichen Grund der geforderten Binnenumschlag-Tarife volle Bedeutung, aus finanziellen Erwägungen aber könnten allgemeine Detarifierungsmaßnahmen kaum in Aussicht genommen werden. Ich weiß nun nicht, was in diesen beiden Dingen die Zukunft der tarifpolitischen Fragen repräsentiert, ob der Herr Reichsverkehrsminister oder der Vertreter der Reichsbahn in der Direktion Mainz, jedenfalls aber wäre es für uns angenehm, wenn wir an den Rhein und insbesondere an den Oberrhein die Hoffnung mitchmen könnten, daß man in der Zentrale der Reichsbahn diese etwas kümmerliche Einstellung nicht teilt, sondern daß man dort

für die große, allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Binnenumschlagtarife und für ihre Aufgaben im nationalen Verkehr

etwas mehr Verständnis hat. Vor allem aber hoffen wir, daß der Herr Reichsverkehrsminister den Einfluß, den er noch auf die Reichsbahndirektion ausüben vermag, aufwendet, um in die Richtung der deutschen Wirtschaft, insbesondere der deutschen Wirtschaft im Westen, am Rhein, einen Dienst zu erwiesen, auf den sie nach meiner Auffassung einen unbedingten Anspruch hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Binnenschiffahrt muß gerade unter Beachtung der gegenwärtigen inneren und äußeren Wirtschaftslage des Reichs und angesichts der belagerten Reichsverhältnisse der Reichsbahn im Interesse unserer Volkswirtschaft unter allen Umständen gesund und leistungsfähig erhalten werden. Und was speziell den Rhein betrifft, während er und seine Anwohner, die sich während des Krieges, während der Belagerung und insbesondere während des Ruhrkampfes so tapfer und treu vor das Reich gestellt haben, nach meinem Dafürhalten mit vollem Recht verlangen, daß nun dieses Reich sich auch ebenso tapfer hinter sie stellt. (Beifall bei den Sozialdem.)

So weit der Bericht über die Rede des Abg. Ged. Der Herr Reichsverkehrsminister Dr. Krohn, der dann das Wort zu seiner Antwort auf die in der Aussprache vorgetragenen Wünsche und Anregungen erhob, stellte zunächst fest, daß die Darstellung, die der Abg. Ged. vom Stande der Elektrifizierungsarbeiten für die Strecke Basel-Frankfurt gab, den Tatsachen entspräche. Die Pläne dafür lagen bereits fertig vor und die Verhandlungen gingen jetzt zwischen der Reichsbahn und den beteiligten Ländern über die Lieferung von Strom. Bezüglich der Binnenumschlag-Tarife verweise der Herr Minister auf seine kürzlichen Erklärungen im Haushaltsausschuß des Reichstags, die dem Abg. Ged. in seiner Rede gleichfalls sinngemäß richtig wiedergegeben worden seien.

Es ist darnach zu hoffen, daß in beiden Richtungen, der der Elektrifizierung der badiischen Hauptlinien wie der der Binnenumschlag-Tarife, den Wünschen und Interessen des badiischen Landes in Würde entsprochen werden wird.

Rheinschiffahrt, Rheinhäfen und Tarifpolitik der Reichsbahn

In der fast neunstündigen Plenarsitzung des Reichstags vom letzten Mittwoch, in der der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums zur Beratung stand, brachte unser Mannheimer Abgeordneter Oskar Ged. äußerst wirkungsvoll eine Frage zur Sprache, die für die wirtschaftliche Zukunft gerade der Hafenzölle am Oberrhein mehr oder weniger zur entscheidenden Frage geworden ist. Da das Ged. nicht nur für Mannheim, sondern auch für Karlsruhe Geltung hat und auch weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient, geben wir die Rede in ihrem wichtigsten Teil nach dem stenographischen Bericht wieder.

Abg. Ged. Mannheim:

Ich möchte zunächst die Frage an den Herrn Reichsverkehrsminister richten, die die

Elektrifizierung des Eisenbahnbetriebs

betrifft, die Frage, die vorhin der Herr Kollege Wieland (Mn) bereits gestreift und bei der er sich allerdings auf die Frage nach dem Stand der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn beschränkt hat. Es ist dem Herrn Reichsverkehrsminister gewiß bekannt, daß die großen, gewaltigen Wasserkräfte des Oberrheins, die in der letzten Zeit zum Teil ausgebaut worden sind, die Grundlage bilden für die Inangriffnahme der Elektrifizierung zunächst vielerorts einmal auf der großen internationalen Eisenbahnstrecke Basel-Frankfurt. Soweit ich weiß, sind in dieser Richtung bereits auch bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe die nötigen Vorarbeiten im Gange. Es ist bei uns im badiischen Südrhein bekannt, daß Reisende, die aus Italien herüberkommen und die vom Tessin durch den Gottard und durch die Schweiz hindurchreisen und bis nach Basel elektrisch befördert werden, weil die Schweiz ja jetzt ihre Elektrifizierung der Gottardbahn bis nach Basel fortgeführt hat, es außerordentlich unangenehm empfinden, wenn sie in Basel plötzlich wieder auf den letzten Dampftrieb der Deutschen Reichsbahn übergehen müssen. So scheint es mir, daß diese Frage der Elektrifizierung in erster Linie der großen betriebswirtschaftliche Frage ist, sondern, daß es sich dabei auch um eine wirtschaftliche Frage um eine — sagen wir einmal — Prestigefrage, um eine Ehrenangelegenheit der Deutschen Reichsbahn handelt. In diesem Sinne möchte ich den Herrn Verkehrsminister um eine Auskunft darüber bitten, wie weit diese Vorarbeiten gehen sind, und wann wir mit der Inangriffnahme dieser Arbeiten rechnen dürfen.

Dann aber möchte ich mich zum Interpretieren eines sehr einbringlichen Hilferufs machen, der schon seit längerer Zeit aus den deutschen Binnenschiffahrt

an die Generaldirektion der Reichsbahn gerichtet worden ist und auch heute in diesem Hause wiederholt wurde. Es handelt sich in erster Linie um die Binnenschiffahrt des Rheins, dann aber auch um die Häfen der Weser, der Elbe und der Oder. Was den Rhein, die stolze Wasserstraße Deutschlands, betrifft, so hat er unter der Tarifpolitik der Reichsbahn in Verbindung mit den billigeren deutsch-französischen Frachten ganz besonders zu leiden. Diese beiden Dinge haben dazu geführt, daß die Rheinschiffahrt und damit die gefährlichen und vorzüglich ausgebauten Häfen des Rheins wie auch ein Teil der dortigen, auf billigen Kosten und Eisenbezug angewiesenen Industrien ernstlich der Gefahr des Erliegens ausgesetzt sind, wenn ihnen nicht durch entsprechende tarifliche Maßnahmen der Deutschen Reichsbahn alsbald Hilfe gebracht wird. Die Gefahren, die dem deutschen Binnenumschlagverkehr drohen, liegen einmal in der sogenannten Staffeltarife der Reichsbahn und dann in den Ausnahmetarifen für die Seehäfen, die deutschen, die belgischen und die holländischen Seehäfen.

Die Staffeltarife der Reichsbahn

belassen bekanntlich die kürzeren Strecken zum Nachteil der längeren. So wird beispielsweise nach dem Ausnahmetarif 6, 11 dem Ausnahmetarif für Kohle, Braunkohle, Koks usw., der Tonnenkilometer bis zu 350 Kilometer für 8,3 Pfennig gefahren, von 501 bis 600 für 9,4 Pfennig und über 600 Kilometer für 0,2

Pfennig, d. h. also die letzten Kilometer etwa zum sechzigsten Teile dessen, was die ersten 350 Kilometer kosten. Die deutsche Binnenschiffahrt und die deutschen Binnenschiffe sind nun nicht etwa grundsätzliche Gegner dieser Begünstigung der von den Einfuhrzöllen und den großen Kohlschiffereien, insbesondere von Kohle, Braunkohle und Erzgen usw., weit entfernt liegenden Gütern des Deutschen Reichs. Sie erkennen vielmehr die Notwendigkeit einer derartigen Tarifpolitik an, die die großen Vertriebsstellen in der Lage der besten Produktionsgebiete zu den Seehäfen einigermaßen auszugleichen geeignet ist. Die deutschen Binnenschiffe verlangen aber einen

Schutz gegen die gefährlichen und nicht gewollten Auswirkungen, die aus diesen Seehafentaxen und aus den Staffeltarifen für sie erwachsen sind. Diese Wirkungen haben ihre Ursache vor allem darin, daß die Zulaufstrecken zu den Umschlagplätzen auf der Eisenbahn und die Eisenbahn-Ablaufstrecken nach dem Wassertransport — die für den größten Teil der Schiffahrtsgüter nötig sind, weil ja bekanntlich auf den großen Wasserstraßen die reinen Wassertransporte die Ausnahme bilden — in die teueren Tarifstufen (Tarifstufen 1) fallen, weil sie fast durchweg relativ kurze Strecken sind. Dazu kommt, daß diese sogenannten gebrochenen Transporte — d. h. Transporte, die zuerst auf der Bahn, dann auf dem Schiff und zuletzt wieder auf der Bahn erfolgen — doppelte Abfertigungs-Gebühren zu bezahlen haben. Wenn man weiter noch die zweimaligen Umlade-Gebühren, die Schiffbrüche und den Schiffsverlust usw. hinzunimmt, so wird es wohl begreiflich, daß dieser Zustand zu einer gefährlichen Massenwanderung vom Binnenschiff auf die Eisenbahn

und damit zu einer außerordentlich starken Gefährdung der deutschen Binnenschiffahrt überhaupt und der Binnenschiffe mit ihrem Teil geradezu großartigen und glänzenden Anlagen geführt hat, wie wir sie bekanntlich besonders am Rhein und an der Elbe anzutreffen pflegen. Um die tarifpolitische Ungeheuerlichkeit einigermaßen ins Licht zu setzen, lasse ich aus diesem Zustande ergebend, genügt beispielsweise die Frankfurt und Höchst, sich billiger stellt als die Ruhrkohle, hört, hört! bei den Sozialdemokraten), obwohl sie über einen dreimal so weitern Weg geföhrt werden muß als diese. Dasselbe Verhältnis ergibt sich noch bei anderen deutschen Binnenschiffahrtstrassen für eine ganze Reihe von anderen Waren und Gütern.

Die zweite große Gefahr für unsere Binnenschiffahrt sind die

Ausnahmetarife für die Seehäfen,

jene Tarife, die die Transporte von und zu den Seehäfen unter den Staffeltarife der Reichsbahn hinaus bringen. Zu diesen Ausnahmetarifen für Hamburg und Bremen sind auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Diktats von Versailles bekanntlich im vorigen Jahre beziehungsweise vom 1. Januar dieses Jahres ab auch Ausnahmetarife für die belgischen und holländischen Häfen getreten, für Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam. Diese letzteren nun gerade sind es, die besonders für die Rheinschiffahrt und für die ganzen Anlagen dieser Rheinschiffahrt, für das darin beschäftigte Personal und die ganze Wirtschaft der betroffenen Städte bis hinauf nach Rehl sich von katastrophaler Wirkung erwiesen haben. Auch bei diesen Seehafen-Ausnahmetarifen geben die Binnenschiffahrt-Interessenten ohne weiteres zu, daß sie für die deutschen Seehäfen eine gewisse wirtschaftliche Notwendigkeit waren. Das läßt aber den Binnenschiffahrtstrassen am Rhein, am Main, an der Weser, an der Oder und Elbe nicht über die schmerzliche Tatsache hinweg, daß sie den Transport zu Wasser im Binnenland, wie er früher die Regel gewesen ist, in zahlreichen Fällen derart stark unterbieten, daß er gegen die Konkurrenz der Bahnfracht nicht mehr oder kaum mehr aufkommen kann. Die Folge ist wiederum eine starke Abwanderung der Transporte vom Schiff auf die Eisenbahn, was durchaus nicht etwa zu verwundern ist, wenn man hört, daß nach diesen Seehafen-Ausnahmetarifen die Güter zum Teil unter den Selbstkosten der Reichsbahn befördert werden. So konnte es z. B. kommen, daß die Steinfaße aus den badiischen, mürttem-

Der badische Landtag gegen die Reichseisenbahngesellschaft

Die Anklage der Sozialdemokratie — Das Urteil der Regierung — Der Landtag einmütig gegen das Prämien- und Abbausystem der Reichseisenbahngesellschaft — Verschiedene Bahnwünsche — Am Nachmittag 3 Sitzungen — Vertagung wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses

18. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 20. Febr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen ausschließlich Eisenbahngesellschaften, zunächst die Fragen allgemeiner Art, Entlassungen und Prämienystem, und dann die Fragen mehr lokaler Art, Ausbau bestehender Strecken und Anlage neuer Linien.

Als erster Punkt kommt zum Ausdruck die förmliche Anklage der sozialdemokratischen Fraktion betr.:

Die Massenentlassungen und Prämienauschüttung durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft

Die Anklage der sozialdemokratischen Fraktion stellt zunächst die Massenentlassungen und Prämienauschüttung durch die Reichsbahngesellschaft fest, die mit der finanziellen Lage der Reichsbahngesellschaft begründet wurde, und stellt dem die im selben Zeitpunkt ausgeschütteten Millionenbeträge an Dienstprämien gegenüber. Die förmliche Anklage will deshalb von der Regierung wissen:

1. Sind der bad. Regierung, besonders mit Hinweis auf die Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig über die badische Besoldungsregelung, diese Verhältnisse, Arbeiterentlassungen und Prämienystem, bekannt und was gedenkt die bad. Regierung in Wahrung des Staatsvertrags zu tun?
2. Ist der bad. Regierung bekannt, daß die Reichsbahngesellschaft ihren Arbeitern den in § 84 Ziffer 4 des Betriebsvertrages gegen Entlassungen gegebenen Schad vorzuschütten?
3. Ist die bad. Regierung bereit, dahin zu wirken, daß den Reichsbahnarbeitern die arbeiterrechtlichen Schutzbestimmungen uneingeschränkt gewährleistet werden?

Die förmliche Anklage wird begründet von:

Abg. Wirth (Soz.):

Durch die Reichen der deutschen Eisenbahnen geht zur Zeit eine schwere Sorge. Den Eisenbahnen wurde von allen Seiten Dank und Anerkennung gezollt für ihre Arbeit, die sie während des Krieges geleistet haben. Immer und stets haben sie voll ihre Pflicht getan. Das deutsche Volk war genötigt, ihnen dankbar zu sein, daß die Reichsbahn in den Mittelpunkt der Reparationspläne gestellt wurde, aber es ist sicher nicht damit einverstanden, was aus der Deutschen Reichsbahn durch die Reichsbahngesellschaft gemacht wurde. Die deutschen Eisenbahnarbeiter wehren sich dagegen, daß die Arbeiter und Beamten einzeln und als Kollektive von der Reichsbahn getrennt werden. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft stellt die größte Erwerbs- und Industriegefahr dar. Der Direktor der Reichseisenbahngesellschaft hat letztes Jahr betont, daß die Deutsche Reichseisenbahngesellschaft nicht die wünschenswerten Rechte der Arbeiter und Beamten erhalten bleiben sollen, er hat in einer weiteren Rede die Finanzen der Eisenbahn als gut bezeichnet. Im Januar ds. Jrs. sagte er aber von seinen früheren Erklärungen ab, da wichtige von der Steigerung der Preise für die Materialien zu berichten, er stelle auch den Sach auf, daß auch die Personalstellen um 100 Prozent gegenüber dem Frieden gestiegen seien. Herr Wirth sei auch an dieser Stelle aufgerufen worden, darzulegen, wie die Reichsbahnverwaltung zu dieser angeblichen Steigerung der Löhne und Gehälter um 100 Prozent kommt. Das Sachverständigenamt von London enthält ganz andere Angaben. Es stellte fest, daß die Zahl des Personals noch nahezu 1 Million betrage, daß die Bezahlung aber auch eine sehr schlechte sein müsse. Nach den Ausführungen des Sachverständigenamtes können die Gehälter von Herrn Wirth nicht stimmen. Prozentual beträgt nach Feststellung des Sachverständigenamtes der Lohn gegenüber dem Friedensstand 93 Prozent. Über alle Maßnahmen der Reichsbahngesellschaft, Entlassungen, Schließung von Werkstätten usw. darf man sich nicht täuschen, die persönlichen Ausgaben seien gegenüber dem Frieden gestiegen. Der Abbau ist erfolgt, zunächst etappenweise, um dann eine Höhe zu erreichen, die unannehmbar ist. Es spricht jedem menschlichen Gefühl Hohn, daß gerade vor den Weihnachtstagen die Reichsbahn Tausenden Arbeitern ihre Entlassung auf den Weihnachtstisch legte. Es wurden in

Baden 1800 Arbeiter des Betriebs und 500 Arbeiter aus den Werkstätten entlassen.

Der größte Teil der feinerzeit in das Betriebsverhältnis zurückverfetzten Arbeiter ist inzwischen entlassen worden.

Wie ist solches System möglich? Weil Beamte und Arbeiter unter ein

Ausnahmestellung

gestellt wurden. Die Beamten der Reichsbahngesellschaft sind auf 40 Jahre der Abbaumaßnahme angesetzt. Als Dank für ihr Verdienst im Weltkrieg, für ihre Pflichtenverfüllung hat man die Beamten unter ein Ausnahmestellung gestellt. Ebenso hat man auch im Reichsbahngesetz Schutzbestimmungen für die Arbeiter aufgestellt. Im Mittelpunkt dieser Ausnahmestellung stehen die Bestimmungen des Paragraphen des Betriebsvertrages, die den Arbeitern einen Anspruch ihrer Entlassung ermöglichen; sie können gegen die unbillige Entlassung nicht Einspruch erheben. Auch die Bestimmung betr. Gewährung von Schadloshaltung wurde nicht übernommen. Auf Protest der Gewerkschaften und der Parlamente wurde in letzterem Punkte einige Besserung gewährt. Es ist eine unbillige Härte, wenn man mit Bagatellen Leute abfindet, die 25 Jahre und noch länger der Verwaltung gedient, und dann mit 8 Tagen Lohnzahlung abgefunden werden. Es ist ein betrübliches Zeugnis für eine Verwaltung, wenn sie einem Mann, der 52 Jahre alt ist, jahrelange seine Pflicht getan, erklärt, sie sehe ja die Not ein, aber die gesetzlichen Bestimmungen verbieten, etwas zu tun.

Die Arbeiter wollen keine Almosen, keine Wohlthaten. Das Reich, die Länder, die Reichsbahn haben die sittliche Pflicht, den Leuten ihr Recht zu gewähren.

Im Bereich der Reichsbahndirektion in Karlsruhe wurden entlassen 1620 Beamte, 59 Angestellte und 8800 Arbeiter, und am heutigen Tage erhalten weitere 750 Arbeiter ihren

Kündigungsbrief in die Hand gedrückt.

Im Reichsbahnamt sind 400 verbeiratete Arbeiter, und 400 Arbeiter, die über 25 Jahre im Dienste der Reichsbahn stehen. Der Abbau in Baden beträgt bei den Beamten 25 Prozent und bei den Arbeitern 82 Prozent, also das Vierfache des Abbaus wie Bayern, das Fache von Preußen, ohne die heutigen Entlassungen. Einzelne Dienststellen wurden bis zu 60 Prozent abgebaut. In Württemberg; Offenburg 50 Prozent. Entschieden werden diese Maßnahmen.

Die Reichsbahn begründet alle diese Maßnahmen mit wirtschaftlichen Gründen und damit, daß zu viel Personal vorhanden sei. Warum, wenn das wahr wäre, werden denn Arbeiter und Beamte entlassen? Im Januar wurden bei der Betriebswerkstätte

und Ausbesserungswert über 2000 Ueberstunden geleistet. Man hat behauptet, die Regiebetriebe arbeiten unwirtschaftlich. Baden hat zurzeit 1050 Lokomotiven in Betrieb, 78 stehen in Reparatur. Es sind Maschinen von Baden nach preussischen Werkstätten und nach privaten Werkstätten gegangen, Krupp hat 7 Maschinen erhalten, die Karlsruhe Maschinenbau-Gesellschaft 25, letztere soll noch 90 Maschinen zur Reparatur oder Umbau erhalten. Sind die Reichsbahnwerkstätten nicht in der Lage, diese Arbeiten in eigenem Betrieb zu machen? In

Offenburg

hat man eine Werkstätte vollkommen geschlossen, wobei 182 Arbeiter arbeitslos wurden. Diese Maßnahmen haben um so empörender gewirkt, als gerade diesen Arbeitern während der Zeit der Besetzung die größten Verdienste gemacht wurden. Der damalige Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Geheimrat Schullz, hat mit seinem Wort sich verpflichtet, die Vertretung zu halten.

Kann aber ein Betrieb rentabel gehalten werden, wenn eine Gesellschaft mit einem Verwaltungsaufschlag von 280—300 Prozent rechnet, wie es bei der Direktion in Karlsruhe der Fall ist. Da kann allerdings ein Betrieb nicht wirtschaftlich gehalten werden. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen an, an denen profitorientiert festgelegt wurde, wie Reparaturen aus privaten Werkstätten in geradezu handhabbarer Weise durchgeführt werden. Die Reichseisenbahngesellschaft übertrug Arbeiten an private Werkstätten, während sie für eine Arbeit im Regiebetrieb 1,4 bis 1,50 M bezahlt wurden, zahlte die Gesellschaft heute 12—13 M für dieselbe Arbeit.

Dieser harten Maßnahmen gegenüber der Arbeitererschaft steht das Prämienystem und die Gehälter der oberen Beamten.

Die Reichsbahndirektion hat die bisher veröffentlichten Zahlen als unwarhaft bezeichnet. Inzwischen sind aber Zahlen genannt worden, die weit über das hinausgehen, was die Interpellation angibt. Es scheint aber, daß auf Grund der Proteste die Zentralverwaltung in Baden die weitere Ausschüttung der Prämien sistiert wurde, dafür aber hat man die Grundgehälter der oberen Beamten gemäßig erhöht. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn in Berlin hat im Gegensatz zu den Forderungen der Entlassungen, der Schließung der Werkstätten, den Sparerlösen der Arbeiter Mittel übrig für die höheren Beamten, die diesen ein fürstliches und luxuriöses Auskommen gewährleistet. Es ist dies Verhalten ein

entsetzlich moralisches und soziales Unrecht

Während man aber der Beamtenerschaft die Prämien gibt, hat die Reichsbahn es verstanden, den Beamten auch bisher gewährte Vergünstigungen zu entziehen; z. B. hat sie die Mietzinsen ihrer Häuser erhöht, sie verlangt Mieten, die bis das Doppelte über die sonst üblichen Mieten hinausgehen. Die Regierung möge Alles tun, um die neuen entsetzlichen Maßnahmen zu verhindern, damit vielleicht doch die jetzt ausgesprochenen Entlassungen zurückgenommen werden. Es ist weiter dafür zu sorgen, daß in den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft nicht lediglich Vertreter der Groß- und Schwerindustrie gewählt werden, die nur einen eigenen Vorteil verfolgen, sondern Leute mit sozialem Verständnis. Die Arbeitererschaft der Reichsbahn aber möge erkennen, daß sie nur noch das gleiche Glied im großen Wirtschaftskreislauf ist, wie es die Arbeitererschaft der privaten Wirtschaft auch ist. In einem Zusammenstoß zu einem eiserernen Wall steht die Möglichkeit, ihre Interessen zu wahren. (Beifolles Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Die zweite förmliche Anklage bezieht sich auf die Reichsbahn-Oberdirektion (Zentr.). Diese Anklage des Zentrums bezieht sich in erster Linie auf die Entlassungen bei der Wagenwerkstätte des Eisenbahnausbesserungswerks Offenburg, wo am 31. Dez. 140 Arbeiter, die zum Teil seit vielen Jahren dort beschäftigt wurden, ohne zureichendes Material plötzlich entlassen wurden. Der Redner weist auf den großen Unterschied hin, der zwischen dem Abbau der Beamten und der Arbeiter besteht. Erwähnenswert ist, daß es sich bei den Entlassungen der Arbeiter nicht nur um solche und junge Arbeiter handelt, sondern um eine sehr große Zahl älterer und verheirateter. Der Redner trägt auch, ob denn der Direktor Deter, der etwas über 100 000 M Gehalt bezieht und 67 Jahre alt ist, nicht auch abbaufähig ist. Die Arbeiter der Entlassung der Arbeiter trägt die Allgemeinheit, die Gemeinde, der Staat. Die Reichsbahn entläßt sich zu ungunsten der Gemeinden und Länder. Es ist demgegenüber eine ungenehme Ungerechtigkeit, wenn im gleichen Augenblick den oberen Beamten höhere Gehälter und Prämien gegeben werden.

Das ist der Anfang der Korruption. Angesichts der Entlassungen ist zu fragen, ob die Sicherheit bei der Eisenbahn noch besteht, ob auch nach dieser Seite hin der Abbau zu beschleunigen ist. Es sind noch nicht genug Schritte in letzter Zeit erfolgt? Wir müssen verlangen, daß wenn auch dann die Reichte der Eisenbahn nicht so rasch wird, daß die Sicherheit der Eisenbahnbetriebs nicht gefährdet wird durch übermäßige Entlassungen.

In Baden müssen jetzt Wagen zur Reparatur nach außerhalb gegeben werden; die entlassenen Arbeiter können sehr wohl beschäftigt werden. Baden verlangt die gleiche Berücksichtigung, wie sie andern Ländern zuteil wird. Wir verlangen demselben Einspruch in der Reichsbahnverwaltung wie im Bayern hat.

Der Redner begründet schließlich noch einen Antrag seiner Fraktion, der folgenden Wortlaut hat:

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß

1. die Arbeiterentlassungen bei den bad. Eisenbahnwerkstätten einstellt werden,
2. den infolge des Abbaues arbeitslos gewordenen erwerbsfähigen Arbeitern, die die Anwartschaft auf Rente in der Abteilung B der Eisenbahnen erworben haben, in sinnvoller Anwendung der für die Gewährung eines Ruhegelds geltenden Bestimmungen auch schon vor Erreichung des 65. Lebensjahres diese Rente gewährt wird,
3. alle in Baden anfallenden Reparaturen von vollständigem Eisenbahnmateriale in badischen Eisenbahnwerkstätten vorgenommen werden,
4. bei Erneuerung von Arbeiten die badische Industrie und das badische Handwerk in erster Linie berücksichtigt werden.

Die Antwort auf die beiden Anträge erteilt

Finanzminister Dr. Köhler.

Die badische Regierung hat keine rechtliche Handhabe, um auf die Reichsbahngesellschaft zwecks anderer Regelung der Prämienauschüttung einzuwirken. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit, daß es sich bei der Ausschüttung der Zulagen nur um einen Versuch handelt. Die Zulagen sollen bestimmt sein, um höhere Leistungen zu erzielen. Die Zulagen in den höheren Gruppen seien nur in verschwindend geringen Fällen gewährt worden. Des weiteren teilt der Redner die neuen

Gehälter und Sonderzulagen an die höheren Beamten mit, die ja bereits veröffentlicht sind. Dieses System der Numerationen, Sonderzulagen, Dienstzulagen usw., wonach ein Direktor bis zu 24 000 M mehr erhalten kann, als die Besoldungsordnung ihm gewährt, ist allgemein, die größte Ursache in die Reihen des Berufsbeamtenstandes zu tragen. Es ist für die Beamten dieses System einfaß nicht erträglich, daß auf solchem Wege das Reichsbahngesetz durchlässig wird. Reparatur hat man nicht gelistet, seinen Beamten 7 1/2 Prozent mehr zu gewähren. Man möchte fast zu der Ueberzeugung kommen, es seien von den Beamten der Reichsbahn die Höchstleistungen bisher nicht erfüllt worden, wenn sie jetzt durch Gewährung von Sonderzulagen zu den Höchstleistungen anerecrt werden sollen. Die badische Regierung wird dafür eintreten, daß den Arbeitern die arbeiterrechtlichen Schutzbestimmungen gewährt werden. Ob aber ein Erfolg zu erwarten ist, ist ungewiß. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe erblickt eine wirtschaftliche Leistung des Betriebs darin, daß sie die Ausbesserungsarbeiten von Offenburg nach Schwellingen verlegt. Die Auskunft der Hauptverwaltung in Berlin auf Verhinderung Badens lautet, daß Baden bei dem Abbau besser weggekommen sei als andere Länder. Die Antwort von Berlin enthält keinerlei Hinweis, daß weitere Entlassungen vorzuziehen werden. Das Finanzministerium hält es für ausgeschlossen, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage für die abgebauten Arbeiter Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden kann. Auf Verhinderung Badens wurde die Zahl der Entlassungen um 300 Ränge herabgesetzt. Die Regierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, aber sie ist immer nur auf das Entgegenkommen der Reichsbahngesellschaft angewiesen. Baden hat nichts unverändert gelassen, um im Verwaltungsrat eine Vertretung zu erlangen. Bei dem Ausscheiden eines Mitglieds hat die badische Regierung versucht, den offenen Sitz zu bekommen; aber es entscheidet hier nicht die Reichsregierung, sondern die ausländische Kommission. Wir haben ein Interesse daran, daß die badischen Belange im Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft gewahrt werden.

In der Besprechung der Anträge befragt

Abg. Horter (Soz.)

die Ausführungen des Ministers. Die Bevölkerung verlangt, daß alles aufgegeben wird, um die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten. Diese Sicherheit darf unter keinen Umständen gefährdet werden. Durch Verlegung der Arbeiten an private Betriebe. Es muß erwogen werden, ob nicht die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden herabgesetzt werden soll. Das Eisenbahnpersonal verlangt, die Wiedereinführung des Achtstundentages. Das Prämienystem wird von den Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten kritisiert, weil man weiß, daß dadurch die Korruption gefördert wird. Mit der Notwendigkeit des Sparsens verträglich ist die Ausschüttung von 60 Millionen Prämien nicht. Mit den 4 Millionen Prämien können heute 3000 Arbeiter beschäftigt werden. Dieses System muß Empörung bei den Eisenbahnen auslösen, die sich schämen auswirken zu können. Wir haben deshalb das Recht, gegen dieses System zu protestieren. (Bravo bei den Soziald.)

Abg. Briner (D. P.) bedauert, daß die Reichsbahn, trotzdem die Werkstätten in Baden, besonders in Schwellingen, als sehr leistungsfähig bezeichnet werden, dennoch Arbeiten nach außerhalb verlegt. Der Redner kritisiert, daß bei Mannheim 4 Doppelwohnhäuser unangeführt seit einem Jahre errichtet sind, weil angeblich kein Geld vorhanden sei. 16 Familien hätten hier Wohnung finden können. Die Regierung möge sich dafür einsetzen, daß diese Häuser ausgeführt werden. — Abg. Ritter (Komm.), stellt fest, daß dieser Abbau ausgeführt werde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, dem die Sozialdemokratie zugestimmt habe. Die heutigen Töne seien deshalb „Demagogie“. Mit „ritterlicher“ Logik „stellt“ Ritter „fest“, daß an dem Abbau das — Sachverständigenamt schuld ist. „Die Arbeiter und Beamten draußen begreifen das ganz leicht“, meint er. Er will „duhende“, „hunberte“ Beweise erbringen, daß die Kommunisten die Einheit der Gewerkschaften wollen. Der Tschelaprosch in Leipzig ist ein Sichelpros. Alles dies gehört bei Ritter zum Thema Reichseisenbahn. Zwischenlinien betätigt sich Frau Unger im „Hut Teufel“ rufen. Herr Ritter spricht weiter über das Sichelpros. Weil der sozialdemokratische Redner für den Achtstundentag eingetreten, verlangt der Kommunismus schließlich den Feiertagsurlaub. In der Grundentlastung bei Dortmund ist ebenfalls nach Ritter das Sachverständigenamt schuld. Die Kommunisten haben den Dingen so gegenüber, daß sie nicht parlamentarische Aktionen unternehmen, sondern daß diese Fragen nur gelöst werden können durch die Arbeitererschaft, Angehörigen und Beamten und unternehmen. Da Herr Ritter auf seiner Waise wieder das Wort Sichelpros hatte, wird er gerügt.

Abg. Weirich (Zentr.) läßt ebenfalls wie sein Kollege Ziegelmeier eine scharfe Kritik an der Politik der Reichsbahngesellschaft. — Abg. Schmidt-Bretten (D.M.) erklärt, daß seine Fraktion mit allem, was die Abg. Wirth und Ziegelmeier ausführen, einverstanden ist. — Die Rednerliste ist damit erschöpft. Der Landtag hatte nichts zu sagen in dieser wichtigen Frage.

In Schlußwort dankt Abg. Wirth (Soz.) der badischen Regierung für das Eintritten zugunsten der Arbeiter, und bittet um weitere Bemühungen, um die Arbeiter vor dem Aergernis zu bewahren. Wenn die Reichsbahndirektion ausführt, daß sie Arbeiter von Offenburg nach Schwellingen überführen wolle, so ist das unannehmlich, wenn man hört, daß die Reichsbahndirektion heute weitere 98 Arbeiter in Schwellingen entläßt und dadurch noch mehr Arbeitsplätze frei werden; dabei gehen 450 Wagen, wie Abg. Ziegelmeier darlegte, nach Preußen zur Reparatur. Herr Ritter hat den Eisenbahnen einen schlechten Dienst erwiesen mit seiner Rede. Mögen die heutigen Verhandlungen das Ergebnis haben, daß das Los der Arbeiter erleichtert wird. — Nach einem weiteren Schlußwort des Abg. Ziegelmeier wird der Antrag Ziegelmeier einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung nach Erledigung aller Angelegen um 4 1/2 Uhr abgebrochen und die Weiterberatung auf nachmittags 1 Uhr festgesetzt.

19. Sitzung

Bei Beginn der Nachmittagsitzung bespricht Abg. Ritter (Komm.) die Beschlussfähigkeit des Hauses, nachdem er einen Verlagsantrag gestellt hatte. Der Präsident stellt fest, daß nur 36 Abgeordnete anwesend sind, das Haus ist somit beschlussunfähig. Der Präsident schlägt die Sitzung und setzt die nächste Sitzung auf 7 1/2 Uhr fest. Es ist übrigens festzustellen, daß am Vormittag zuerst beabsichtigt war, die weni-

gen Tagesordnungspunkte noch in der Vormittagsitzung zu erledigen, es betraf nur noch einige Bahnwünsche. Es war vereinbart worden, daß die Anträge des Haushaltsausschusses ohne Debatte erledigt werden sollten. Kaum hatte aber der Berichterstatter das Wort ergriffen, als schon redelustige Zentrumsabgeordnete sich zum Worte meldeten, die es offenbar für nötig hielten, genau wie anno dazumal, „ihrem“ Wahlkreis zu zeigen, wie sehr sie sich für die Interessen ihrer Lokalbahn einsetzen. Trotz Hinweis darauf, daß es weit dienlicher sei, wenn diese Bahnfrage mehr durch Verhandlungen zwischen Karlsruhe und Berlin als durch öffentliche Ausbrüche erledigt würden, bestanden diese Bahnräuber auf ihrer Wortmeldung und so mußte die Vormittagsitzung abgebrochen werden.

20. Sitzung

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 5 Uhr, zu der das Zentrum keine Karlsruher Abgeordneten telephonisch herbeigeholt hatte, sogar die als krank gemeldeten, beantragte Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) Verzug; Abg. Ritter (Kom.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Abg. Hiegelmaier (Ztr.) sucht sich nun an der Sozialdemokratie dabüher zu rächen, daß er namentliche Abstimmung beantragt — er will dabüher die fehlenden Abgeordneten um die Mäntel bringen — schäbige Methode! —; er muß sich aber belächeln lassen, daß er von der Geschäftsordnung keine Ahnung hat. Herr Hiegelmaier gerät darob so in Wut, daß er der Sozialdemokratie vorwirft, sie treibe Schindluder mit dem Parlament. Abg. Marum (Soz.) weist diesen Anwurf entschieden zurück und stellt fest, daß es nur die Abgeordneten des Zentrums gewesen seien, die sich an die Vereinbarungen des Vormittags, die vom Vorsitzenden des Zentrums ausgegangen waren, nicht gehalten haben. — Der Präsident stellt die Anwesenheit von 38 Abgeordneten fest. Das Haus ist also immer noch beschlußfähig. Das eigenhändige Zentrum wollte nun nicht zugeben, daß für heute die Sitzung abgebrochen wird. Der Präsident setzte eine neue Sitzung auf 1/2 6 Uhr fest.

21. Sitzung

Da bei der 4. Sitzung des Tages Abg. Ritter (Kom.) mit seiner Wortmeldung zur Geschäftsordnung einen Augenblick zu spät kommt — der Präsident unterließ nämlich die Mitteilung der üblichen einleitenden Formalien —, wurde nun endlich in die Tagesordnung eintraten.

Zur Beratung stehen die Anträge betr. Die Bahn Ulm—St. Gallen, den Weiterbau der Reichstalbahn, den Ausbau der Bahnhöfe Redartelna—Schönan, den Ausbau der Maratalsbahn zwischen Kausmünzach und Klosterreichenbach

Ueber diese Anträge berichtet Abg. Fischer-Freiburg. Der Haushaltsausschuß hat im großen ganzen den Wünschen der Antragsteller zugestimmt. Nach der Berichterstattung des Abg. Fischer beantragt Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) Verzug, während Abg. Ritter (Kom.) die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. — Der Präsident stellt erneut die Beschlußfähigkeit des Hauses fest, es sind nur 36 Mitglieder anwesend. — Im Zentrum seinen Kopf nicht durchgesetzt hat — obgleich bei Beginn der Sitzung gegen 12 Abgeordnete des Zentrums anwesend waren. — Damit hat auch der Landtag seinen Faschingsanfang gehabt. Die nächste Sitzung wird auf nächsten Donnerstag vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Die Verhandlungen mit Frankreich

Paris, 19. Febr. (Sig. Bericht.)

Die von der deutschen Handelsvertreterdelegation nach Empfang der letzten französischen Note in Berlin erzielten Instruktionen sind am Mittwoch abend in Paris eingetroffen. Staatssekretär Trendelenburg hatte darauffin am Donnerstag vormittags eine neue Unterredung mit dem französischen Handelsminister, die am Nachmittag fortgesetzt wurde. Ueber ihren Inhalt ist weder von deutscher noch von französischer Seite irgend eine Mitteilung gemacht worden. Wir glauben jedoch zu wissen, daß die deutsche Antwort auf die letzten französischen Vorschläge ablehnend ist und in den Gegenwortsätzen mündet, die Verhandlungen bis zur Klärung der Lage, d. h. bis zur Durchführung der von Frankreich in Aussicht genommenen Revision seines Zolltarifes zu verlagern. Von deutscher Seite will man dafür den Ausdruck „freundschaftliche Unterbrechung der Verhandlungen“ wählen. Das soll bedeuten, daß beide Länder während der Pause, die wenigstens einige Wochen dauern wird, auf die Anwendung von Kampfmaßnahmen verzichteten. Die gesamte deutsche Delegation wird wahrscheinlich bereits am Freitag nach Berlin zurückkehren.

Diese Entscheidung, die von Berlin ausgeht, hat in Paris keineswegs nur in den französischen Kreisen übersehen. Sie wird von der Gegenseite zweifellos als ein neuer Versuch ausgelegt werden, auf Frankreich einen Druck in Bezug auf die Klärung des Handels zu üben. Wenn das tatsächlich die Absicht der Berliner Regierung sein sollte, so kann man dazu nur sagen, daß sie kaum ein ungeeignetes Mittel hätte wählen können. Denn der Abbruch der seit Monaten sich anschließenden Handelsvertragsverhandlungen kann nur dazu beitragen, die augenblicklich von der Reaktion auf dem Gebiet der Finanzen und der Währung scharf angegriffenen Stellung der Regierung herabzusetzen. Die Folge davon wird sein, daß Herr Frotz, um der Opposition nicht neue Angriffsflächen zu bieten, in den anderen deutsch-französischen Fragen sich um so unangenehm zeigen wird. Im übrigen aber scheint die verhängnisvolle Berliner Entscheidung mindestens zu einem großen Teil von den Wünschen der deutschen Schwerindustrie diktiert zu sein, die durch Unterbrechung der Verhandlungen die französische Industrie offenbar zur Annahme des Ende Dezember auf privatrechtlicher Grundlage vorgeschlagenen und damals abgelehnten Kompromisses zwingen zu können glaubt. Die Vertre-

gender dieses Mandates sind in erster Linie die weiterverarbeitenden Industrien Deutschlands, die nicht nur ihre Rohstoffe verlieren, sondern sich auch jeder Abfuhrmöglichkeit auf dem französischen Markt beraubt sehen werden, in zweiter Linie aber die Raffinerie der deutschen Verbraucher, die, wie immer, die Preise zu zahlen haben wird.

Die Dons Presse Zentrale Jena

Sendet uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes folgende Berichtigung: „Die im „Volkstribune“ veröffentlichte Behauptung, der Leiter der Dons Presse Zentrale habe dem ehemaligen Thüringischen Staatspräsidenten Koch eine Verteilungskampagne angedroht, wenn man ihm (dem Leiter der Zentrale) nicht ein Schreiben ausständigem wollte, ohne daß er Geld auf ein Konto eingabe, ist eine reine Erfindung.“ Wir haben besagte Notiz dem Material des Berliner Sozialdemokratischen Pressebüros entnommen, der auf diese Berichtigung antworten wird.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe
Öffentliche Vorträge finden statt:
Spielberg, Amt Ettlingen: Samstag, den 21. Februar, abends 1/2 8 Uhr, spricht Gen. Schulinspektor Reimundh-Karlsruhe über: „Christentum, Religion und Sozialismus“.
Steffel, Amt Bruchsal: Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe. Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.
Graben, Amt Karlsruhe: Sonntag, den 22. Februar, mittags 1/2 3 Uhr, Generalversammlung im „Bad. Hof“ mit Vortrag des Gen. Trinks-Karlsruhe über: „Der Kampf um die Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.
Rath, Amt Karlsruhe: Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, Gen. Trinks spricht über: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“.
Stein, Amt Forstheim: Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus. Schulinspektor Gen. Reimundh-Karlsruhe spricht über: „Christentum, Religion und Sozialismus“.
Sagel, Amt Forstheim: Donnerstag, den 26. Februar, abends 1/2 8 Uhr, im Rathaus. Prof. Gen. Wilhelm-Karlsruhe spricht über: „Klassenbewußtsein — Klassenkampf“.
Gengenbach, Amt Offenburg: Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der „Alten Industriehochschule“. Referent: Gen. Trinks-Karlsruhe. Thema: „Der Bauernkrieg“.
Mörsch, Amt Ettlingen: Freitag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im „Löwen“. Referent: Gen. Pappes-Karlsruhe. Thema: „Kann ein Christ auch Sozialist und ein Sozialist noch Christ sein?“
Jell a. S.: Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Bären“. Referent: Parteisekretär Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.
Dießingen, Amt Forstheim: Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Rathaus. Referent: Gen. Professor Dr. Dietrich-Karlsruhe. Thema: „Die gesellschaftlichen Grundlagen des Sozialismus“.
Söllinger, Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Feldschlösschen“. Stadtrat Gen. Jung-Karlsruhe spricht über: „Rebel und Bismarck“.
Kotensels, Amt Rastatt: Samstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Hirsch“. Gen. Schulinspektor Reimundh-Karlsruhe spricht über: „Die esoterischen Aufgaben der Schule“.
Selbach, Rastatt: Samstag, 28. Februar, abends 8 Uhr, in der „Krone“. Hauptlehrer Gen. Mauer-Weingarten spricht über: „Christentum, Religion und Sozialismus“.
Wobersweiler, Amt Offenburg: Sonntag, den 1. März, mittags 1/2 3 Uhr, Referent: Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht in Vergangenheit und Gegenwart“.
Appenweier, Amt Offenburg: Sonntag, den 1. März, abends 7 Uhr, im „Bad. Hof“. Referent: Gen. Trinks. Thema: „Der Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht in Vergangenheit und Zukunft“.
Weingarten: Sonntag, den 1. März, mittags 1/2 3 Uhr, im „Röhl“. Referent: Schulinspektor Gen. Reimundh-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Friede im Sozialismus“.
Mühlbach, Amt Rastatt: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr, in der „Eintracht“. Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe spricht über: „Die natürlichen Grundlagen des Sozialismus“.
Wilschweier, Amt Rastatt: Sonntag, den 1. März, abends 1/2 8 Uhr, in der „Sonne“. Vorkursleiter Gen. Kadner-Karlsruhe. Thema: „Die Entwicklung der Elektrotechnik“.
Wotingen, Amt Bretten: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr im Rathaus. Gen. Dr. Engler-Karlsruhe spricht über: „Wau- und Wohnungsverhältnisse“.
Gondelsheim, Amt Bretten: Sonntag, den 1. März, mittags 3 Uhr im Rathaus. Referent: Sekr. Gen. Gans-Karlsruhe. Thema: „Bodenreform und Sozialismus“.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterkonferenz des Bezirks Karlsruhe
5. Am Sonntag, 14. Febr., fand in Leutscheneurei eine freie Bürgermeisterversammlung des Bezirks Karlsruhe statt. Nach Erledigung der interessanten Tagesordnung und sachlichen Aussprache wurden Beschlüsse gefaßt, die dem Verband badischer Gemeinden zur Weiterleitung an die Regierung vorgelegt werden. 1. Die Fahrgeldwindigkeit der Autos durch die Ortspolizei sollte wieder auf 15 Kilometer Fahrgeldwindigkeit herabgesetzt

werden. 2. Heranziehung der Wohnhäuser, die nach 1918 erbaut sind, zur Gebäudesteuer, da die Aufwertung in gar keinem Verhältnis steht zum Wert des Gebäudes, sowie Herabsetzung der Freigrenze zur Gebäudesteuer von 4500 M auf mindestens 3000 M. 3. Der Gemeindevorstand wolle sich unverzüglich an den Landtag wenden wegen der geradezu ständelosen Einschränkung der Steuern durch die Fortbehörden. Die Bürgermeister verlangen in Anbetracht der starken Mangel während des Krieges, die Zuweisung der Steuern auf die Hälfte wie vor 1914. 4. Fast einstimmig wurde beschlossen, daß mit dem letzten Heft der Zwangsversteigerung, der Wohnungsbesitznahme aufgeräumt werden soll. 5. Gegen die Aufhebung der Steuern einnehmenden in den Landgemeinden wurde der scharfe Protest erhoben, insbesondere, da der Steuerertrag durch die Gemeinden gesehen kann, und dafür die Finanzämter eine geradezu lächerliche Bezahlung von 75 Pfg. für 100 M Einnahmen vergüten wollen.

Reuburgweier. Bei der am letzten Sonntag abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde, wie bei fünf Kandidaten nicht anders zu erwarten, ein Ergebnis nicht erzielt. Die Stimmengleichverteilung war groß, doch hatte den meißten größten Vorsprung der Altbürgermeister Wadter mit 146 Stimmen, dann folgte Adolf Deitel mit 61 Stimmen, Markus Heig mit 41 Stimmen, August Schneider mit 37 Stimmen und Franz Anton Schilling mit 24 Stimmen.

Schutterwald. Der Bezirksrat hat die Einsprache gegen die Bürgermeisterwahl in Schutterwald abgelehnt.

Soziales

Antrag der Sozialdemokratie auf Erhöhung der Renten bei der Angestelltenversicherung

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begründeten am Mittwoch die Genossen Aufhäuser, Giebel und Koch einen Initiativantrag zur Angestelltenversicherung auf Verdoppelung des Grundbetrages von 300 auf 720 Mark jährlich, auf Verdoppelung des Steigerungsbetrages von 10 auf 20 Prozent und auf entsprechende Erhöhung des Alterszuschusses, der Witwen- und der Waisenrente. Die Regierungsvorläufer lehnten eine allgemeine Rentenerhöhung kategorisch ab und erklärten sich nur mit einer Zusatzleistung (Aufwertung) der Renten in den vier obersten Beitragsklassen des alten Gesetzes einverstanden. Ein solcher Antrag, der für die Gehaltsklassen 5 bis 11 einen Steigerungsbetrag von 1—4 Goldmark gewährt, wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien scharf bekämpft und schließlich gegen die Stimmen der Antragsteller und Kommunisten abgelehnt. Selbst eine Entschließung der Sozialdemokraten, wonach die Regierung aufgefordert werden sollte, eine entsprechende Vorlage auszubereiten, wurde von den bürgerlichen Parteien niedergeschlagen. Ein Antrag der Demokraten, die Erhöhung des Grundbetrages auf 480 Mark, des Steigerungsbetrages auf 15 Prozent zu beschließen, wurde ebenfalls abgelehnt. Angenommen wurde lediglich eine Entschließung der bürgerlichen Parteien, wonach die Regierung ohne Bindung des Zeitpunktes eine Vorlage entsprechend dem demokratischen Antrag ausarbeiten soll. — Die sozialdemokratische Fraktion wird ihren Initiativantrag im Plenum wiederholen. Der sozialdemokratische Antrag, die Angestelltenversicherung auf alle Angestellten auszudehnen, wurde von den bürgerlichen gleichfalls abgelehnt und auch keinerlei Erhöhung der heutigen Versicherungsgrenze beschloffen.

Jugend und Sport

Durmersheim. In diesem Jahr kann der Arbeiterturnverein e. V. Durmersheim auf sein 25. jähriges Bestehen zurückblicken, und deshalb die Verwaltung diesen Tag festlich zu begehen. Da der Verein 3. Bt. in sportlicher Hinsicht auf einer sehr leistungsfähigen Stufe steht, verpflichtet dieses Fest ein interessantes zu werden. Darum muß am 24. Mai die Parade für jeden Arbeiterportler heißen: „Auf nach Durmersheim zum 25-jährigen Stiftungsfest!“

Gerichtszeitung

Gefängnis für Schändung der Reichsfahne

Am 3. August v. J. wurde in Mannheim am Hofengarten und am Verfassungstage von einem der Flaggemänner auf dem Festplatz eine der großen deutschen Fahnen geschändet. Die Täter waren die Handlungsgehilfen Kurt Bus und H. Schanz, die die Fahne verbrannten, die andere in den Rhein verjerkten. Der Schaden der Stadt wurde auf 300 M angegeben. Die Täter gehören der Deutschen Volkspartei an. Das Urteil des Schöffengerichts lautete auf drei Wochen Gefängnis für jeden der beiden Angeklagten. Von einer Freiheitsstrafe, so führte das Gericht aus, abzugehen, müßte als ungerade empfunden werden, wo doch auch jugendliche Kommunisten wegen Teilnahmestrafen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden seien. Es müßte nun Ausdruck gebracht werden, daß die Gerichte gewillt sind, die Ruhe der Bürgerstadt und die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion

Dies S. Sie müssen bei der Sparkasse in Baden-Baden das Aufgebotsverfahren für das Sparkassenbuch und die Anteilscheine einleiten lassen. Ob eine Aufwertung erfolgt, hängt von der demnächst stattfindenden Beschlußfassung des Reichstages ab.

Woburn Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
für Sänger, Redner, Musiker

Brauerei Fels über Fastnacht
MÄRZENBIER

Die Ruhrstandaldebate im Reichstag

Berlin, 20. Febr.

Der Reichstag berät zunächst in dritter Beratung den Zusatzvertrag zu dem am 1. September 1920 abgeschlossenen deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen. Der Berichterstatter Abg. Lejeune-Jung (D.) betont, daß Deutschland bei diesem Abkommen überwiegend der gebende als der empfangende Teil gewesen sei, aber die Mehrheit des Hauses habe mit Rücksicht auf das gespannte Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland die Genehmigung ausgesprochen.

Abg. Dr. Stresemann erklärt dazu, die Verträge von Versailles und St. Germain ließen es nicht zu, die Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und dem Deutschen Reich so eng wie möglich zu gestalten. Wenn deshalb der in Betracht kommende Vertrag auch nur den Charakter eines Provisoriums zeige, wenn er auch Deutschland weniger Vorteile bringe als Oesterreich, so müssen wir doch befreit sein, möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem Nachbarland Oesterreich einen solchen Vertrag schließt. (Beifall.) Wir wollen in diesem Falle nicht prozentual berechnen, wer mehr gibt oder empfängt. Wenn es nach dem Willen beider Völker ginge, so würden ja überhaupt die Grenzmauern niedergedrückt, so würden wir ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein. (Beifall.) Es ist hier mit Recht über die noch bestehenden Grenzschwierigkeiten geredet worden. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß wir schon anfangs der nächsten Woche mit der hierigen österreichischen Gesandtschaft in Verbindung treten werden mit der Absicht, die gesamten wechselseitigen Güterverkehrsbeschränkungen zwischen beiden Ländern aufzuheben. (Beifall.)

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) begrüßt die angekündigte Aufhebung der Grenzschwierigkeiten und wendet sich gegen die Absicht, Grenzsperrlinien einzuführen. Der Artikel 48 der Reichsverfassung dürfe hier niemals angewendet werden.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert gegen die Aufhebung von Zollschranken zwischen Oesterreich und Deutschland. Die Verträge von St. Germain und Versailles dürften kein Hindernis für die Zollunion geben. Die Kommunisten würden gegen den Vertrag stimmen.

Abg. Bauer (Dem.) erklärt den Vertrag als den Anfang zu einem festeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Oesterreich. Das deutsche Bürgertum habe sich keineswegs damit abgefunden, daß die Friedensdiktate den politischen Zusammenschluß hindern. Es wehre sich gegen die Zwangsverträge. Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ebenso die Vorlage über die Verhängung des Handelsübereinkommens mit Portugal.

Auf der Tagesordnung steht die Denkschrift über die Ruhrkredite über die Erstattung der Reparationsleistungen und die Entschädigungen der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes.

Der Bundesrat hat mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Anträgen auf Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses für die Prüfung der Ruhrkredite.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schilling leitet die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erlaube an, daß bei den Ruhrkrediten eine Staatsüberschreitung vorliege und sie erbittet sich dafür Indemnität. Die Regierung habe von vornherein die Absicht gehabt, diese Angelegenheit dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

Abg. Herz (Soz.)

begründet einen Antrag seiner Freunde auf Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses zur Prüfung der Frage der Vergabe von 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung gebe keine befriedigende Aufklärung. Sie sei in dem Briefwechsel zwischen Stresemann und Stinnes lidenhaft. Sie teile auch nicht die Kabinettsbeschlüsse mit, auf die sich die Regierung in ihrer Propaganda für die Denkschrift beriefe. Angesichts der Verleumdungen durch die früheren sozialdemokratischen Minister für die Ruhrkreditgeschäfte müsse es notwendig sein, daß er der Wahrheit die Ehre gibt und bestätigt, daß der damalige Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nichts mit dieser Angelegenheit zu tun hat. (Reichstanzler Dr. Luther nicht beistimmend.) Noch am 12. Oktober sagte Dr. Stresemann im Reichstagen, er könne bei der Finanzlage des Reiches keine Garantie für den Erfolg der Reparationsgeschäfte für die Industrie übernehmen. Aber schon am 21. Oktober wurde von Dr. Stresemann etwas anderes gesagt. (Minister Dr. Stresemann: Weil die Regierung am 20. Oktober auf einstimmigen Beschluß ihren Standpunkt geändert hatte.) Besonders auffallen müssen die Regierungsverhandlungen mit den Bankenunternehmungen. Solange das Wiederaufbauministerium von einem Reichssozialdemokraten geleitet wurde, war es zuständig für die Verhandlungen. Inzuständig wurde es in dem Augenblick, wo der Sozialdemokrat Robert Schmidt das Ministerium übernahm. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist Schiebung und Korruption.)

Der Redner geht dann auf die Art ein, wie die Regierung ihre Entschädigungsaktion vorgenommen hat. Unter Ausschaltung des Reichstages. Die Reichsregierung hat die Gewährung der 700 Millionenentschädigung an die Ruhrindustrie geleistet, ohne die Zustimmung des Reichstages. Die Millionenentschädigung ist der Ruhrindustrie aus der Reichskasse bezahlt worden zur Abwälzung der Ruhrkredite, obwohl zur Abwälzung dieser Lasten der Industrie schon erhöhte Preise auf Kosten der Konsumenten und Hungerlöhne auf Kosten der Angestellten und Arbeiter bewilligt worden waren. In der Denkschrift wird zur Ver-

gründung der schleunigen geschwindigen Auszahlung angeführt, das Reich habe gewissermaßen im Gelde geschwommen und habe es deshalb schnell ausgezahlt. Wie ist das vereinbar mit der Haltung der Herren Dr. Luther und von Schilling im Aufwertungs Ausschuss. Beide haben dort erklärt, das Reich habe nicht die Mittel für eine gerechte Aufwertung, während die Ruhrindustrie sich in unerhörter Weise bereichert hat, sind 7000 Arbeiter und Angestellte der Ricumachen auf die Straße gesetzt worden. Durch diese Millionenentschädigung des Reiches ist auch die Aufwertungsfrage in ein anderes Stadium getreten. Wir verlangen Rückzahlung der Entschädigung, damit mit ihren Mitteln das schwere Unrecht gutgemacht wird, unter denen die Aufwertungsinteressen bisher leiden müssen.

Von den Parteien der Rechten und vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen. Gemäß Artikel 24 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgend welche Beträge an die Ruhrindustrie geflossen sind und ob daher eine Rückzahlungsverpflichtung vorliegt.

Abg. Dr. Gremer (D. Rp.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die untergeordneten Fraktionen seien überzeugt, daß die Reichsregierung bei dem Erfolg der Reparationsgeschäfte gehandelt habe unter dem Druck der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Sie seien gleichwohl für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, damit objektiv festgestellt würde, ob die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren, daß sie weder die Finanzen des Reiches geschädigt, noch Privatpersonen unzulässige Vorteile zugeführt habe. Die Fraktionen be- antworten weiter die Ueberweisung der Denkschrift an den Haupt-

Reichstanzler Dr. Luther

von der Linken mit Mitleid empfangen, nimmt darauf das Wort. Der Kanzler erklärt, es frage immer wieder so, als ob es sich hier um Kredite an wenige Großindustriellen handle. Aus der Denkschrift ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbeträge handelt, die dem besetzten Gebiet bezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigungen übersteigt 4000. (Beifall.) Es handelt sich einfach um den Erfolg, der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen. (Widerpruch links.) Das Reich mußte, sobald es dazu imstande war, diese Leistungen erlassen. Mit den Worten ist es aber nicht getan. Man muß auch in dem Augenblick, wo es notwendig ist, entsprechend handeln. (Rärende Zurufe links, Zustimmung auf der Rechten.) Die Frage der Gutschrift ist eine außenpolitische Angelegenheit, die vom Reich mit allem Nachdruck verfolgt wird. Der springende Punkt war, die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet zu beheben und die Wirtschaft im Gang zu halten. (Rärender Widerspruch links.) Der Kanzler befreit, daß es zu der Indemnitätsvorlage der Regierung erst eines Antrages von außen bedurfte. Schon in der ersten Sitzung des Haushalts Ausschusses habe der Reichsfinanzminister als erster Redner im Ausschuss Auskunft gegeben. Auf anderem Wege konnte nicht verfahren werden, da der Reichstag gar nicht früher zusammentrat. (Gelächter links.) Die Regierung hat sich beim Abschluß der Wiederverträge darauf eingestellt, daß man etwa im Frühjahr zu geordneten Verhältnissen kommen dürfte. Tatsächlich ist der Lauf der Dinge erheblich langsamer gewesen. Es mußten andere Wege be- gangen werden, um das Wirtschaftsleben im Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten.

Auf verschiedene Zwischenrufe von links erklärt der Kanzler sehr erregt: Jemand, der die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen, das deutsche Volk durch die furchtbaren Verhältnisse hindurchzuführen. (Stürmischer Beifall rechts, Lärm links.) Abg. Herz ruft: Warum haben Sie uns damals nicht die Wahrheit gesagt? (Großer Lärm und Zurufe auf der Rechten.) Nach Abschluß des Londoner Abkommens ging der Reichstag in die Ferien. In dieselbe Zeit fällt die Verabreichung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Beamtengehälter usw. Alles mußte geschehen ohne den Reichstag. Der Finanzminister wollte an den Reichstag herantreten, da kam die Regierungskrise und die Auflösung des Reichstages. Es wurde eine Steuererhöhung vorgenommen ohne den Reichstag. Dann mußte auch die Ruhrkreditentschädigung erlassen werden. Will man der Regierung vorwerfen, daß es ihr gelungen ist, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? (Großer anhaltender Lärm links, Rufe rechts: Ruhe!) Die Zusagen galten erst für die Zeit nach der Sanierung. Sollten wir die Zahlungen verweigern, nachdem das deutsche Volk in der Lage war, sie zu leisten? Waren die Zahlungen zu hoch.

Der Reichstanzler gibt alsdann einen zahlenmäßigen Ueberblick. Auch der preussische Handelsminister Siering habe in einem Gutachten gesagt, daß die Ruhrindustrie ihre tatsächlichen Aufwendungen ohne die Inzuberluste nicht gedeckt habe. (Hört, hört! rechts.) Der Kanzler stellt für die Finanzverwaltung fest, daß nur Zahlungen geleistet worden sind, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Verpflichtung bestand. Die Regierung sei bereit, dem Ausschuss über jede Einzelheit Auskunft zu geben und begreife jede rechtmäßige Nach- prüfung. Es sei eine Zurechnung der öffentlichen Meinung.

wem behauptet wird, daß die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung ergangen sind. (Beifall und Händeklatschen rechts, großer Lärm auf der Linken.)

Abg. Frau Golke (Komm.) bezeichnet es als einen Schwindel, den Reichstag als eine Volksvertretung zu bezeichnen. Die Abgeordneten einschließlich der Sozialdemokraten seien nur Marionetten der Schwerindustrie ebenso wie die Regierung.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.)

Bei der Berechnung der Entschädigungen habe sich Luther offenbar zu einseitig von den Interessenten beraten lassen. (Großes Rufen links.) Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß die übermäßige Höhe der Kohlenpreise und die geringe Entlohnung der Arbeiter und Angestellten begründet worden ist mit den Ruhrkrediten. Die Regierung habe in ihrer Berechnung nicht berücksichtigt die Abbildung eines Teils der Ruhrkredite auf die Verbraucher, und eines anderen Teils auf die Arbeiter und Angestellten. Aus den Angaben der Regierung selbst ergibt sich, daß 140 Millionen an die Ruhrkredite bezahlt worden sind. Es wird die Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, dieses Geld zurückzubekommen und damit die Ansprüche der geschädigten Auslandsdeutschen zu befriedigen. (Beifall.) Die auffallende Verschleierung der Zahlungen läßt sich nur so erklären, daß die Regierung glaubte, sie würde angeht die furchtbare Not der Masse des Volkes mit ihren Zahlungen an die leistungsfähigen Kreise der Wirtschaft keinen leichten Stand vor dem Reichstag haben. (Beifall.) Wenn einmal das große Aufwachen beginnt, dann werden wir nicht nur bei Barmat, sondern auch bei diesen Dingen aufkommen. (Beifall links.) Wir wollen Rhein und Ruhr nicht zu Reparationsprovinzen werden lassen. Wir lehnen es aber auch ab, ganz Deutschland zur Reparationsprovinz werden zu lassen zugunsten einiger großkapitalistischer Unternehmungen. (Beifall links.)

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

betont in seiner Antwort, an Dr. Herz, bei der wechselnden Haltung der Reichsregierung und dem Abbruch des passiven Widerstandes dürfe nicht vergessen werden, wie stark die Außenpolitik damals in die Innenpolitik hineinwirkte. Es wurde damals lieber auf einer beschränkten Lösung der Reparationsfrage gearbeitet. Wenn besprochen wird von Briefen, die Stresemann an seinen Parteifreund Stinnes gerichtet hat, so ist festzustellen, daß diese Briefe dem gesamten Reichskabinet bekannt waren. An der entscheidenden Kabinettsitzung vom 20. Oktober haben nicht nur die sozialdemokratischen Minister Schmidt und Solmann teilgenommen, sondern auch der preussische Ministerpräsident. Als Beschluß dieser Kabinettsitzung ist protokolllarisch festgelegt worden, daß die Industrie zunächst als Privatkrediten die Leistungen an Frankreich übernimmt, und dann heißt es wörtlich: Das Reich anerkennt die Verpflichtung zur Erstattung. Die Erstattung kann nur eintreten, wenn die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht worden sind. (Lärm und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Der Vorstehende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der sozialdemokratische Abgeordnete Fuhrmann, hat damals verlangt, daß die Lieferungen der Industrie vom Reich bezahlt werden. (Hört, hört! rechts.) Der preussische Ministerpräsident Braun stimmte schließlich zu, hat aber, mehr aus Gründen der Volkswirtschaft als aus anderen, die Namen Stinnes nicht so sehr in den Vordergrund zu stellen. In der vorletzten Kabinettsitzung, der die sozialdemokratischen Minister beizumuten, haben sie allerdings Stimmenhaltung geübt, aber nicht in der ersten entscheidenden Sitzung. Es wird auch übersehen, daß bei allen diesen Dingen von entscheidender Bedeutung außenpolitische Gesichtspunkte waren. (Beifall rechts.)

Abg. Herz (Soz.)

erklärt dem Außenminister gegenüber, gerade die Sozialdemokratie bedauere besonders die außenpolitischen Wirkungen, die es haben müßte, wenn die Regierung in so schwerwiegender Angelegenheit ohne die gesetzlich gebotene Mitwirkung des Reichstages entsehe. Zu der Sitzung, die am 21. Oktober von der Regierung mit den Ruhrindustriellen abgehalten wurde, ist gerade der unabhängige Wiederaufbauminister der Sozialdemokratie, Robert Schmidt, nicht zugezogen worden. Wenn Dr. Stresemann solchen Wert auf die Teilnahme des preussischen Ministerpräsidenten lege, warum hat er ihn dann nicht zu den Kabinettsitzungen herangezogen, in denen über die Auszahlung der Industrie erklärt, gegen die Einverständnis mit dem Angebot der Industrie erklärt, gegen die Einverständnis mit dem Kredit zur Aufbringung der Sachleistungen zu beschaffen. Die Frage ist noch nicht beantwortet, warum der Bergarbeiterverband auf seine Anfrage vom 17. Oktober erst am 13. Januar eine nichtsagende Antwort erhielt. Was der Finanzverwaltung heute vorgeworfen wird, ist die Begünstigung der besitzenden Kreise. Auch von der Landabgabe ist den Großarariern

Tabletten hervorragend bewährt bei:

Togal **Sicht,** **Gegenstuh,**
Rheuma, **Nerven- und**
Schias, **Kopfschmerzen**

Togal stillt die Schmerzen und löst die Spannung aus.
Frage Sie Ihren Arzt - In allen Apotheken erhältlich.
Best. 12,50% Lit. 0,40% Chlorn. 11,3% Aeid. acet. salic. ad 100 Anhydum

DE THOMPSON'S

Schwan

Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.

SEIFENPULVER

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

DE THOMPSON'S **SCHWAN-MARKE** **SCHWAN-MARKE** **SEIFEN-PULVER**

herausgeholt worden, als sie eingezahlt hatten. Am 1. September wurden im besetzten Gebiet 80 000 Eisenbahner entlassen, von denen noch 30 000 erwerbslos sind. Auch diesen Arbeitern wurde volle Erziehung versprochen, aber sie erhielten lediglich die Erwerbslosenunterstützung. Dieses Wesen mit zweierlei Maß ist besonders gefährlich. (Weißhaft bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Scheller (Komm.) hält die Sozialdemokraten für maßlos an dem großen Volksbetrug, den die Regierung verübt habe.

Abg. Robert Schmidt (Sos.) überprüfte einzelne Mitteilungen des Außenministers Stresemann. Die Sitzung vom 20. Oktober war nicht die entscheidende. In ihr anerkannte das Kabinett zwar mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister grundsätzlich eine Entschädigungspflicht des Reiches, aber es wurde nicht gesagt, daß die Zahlung unter Ausschaltung des Reichstags auf dem Verwaltungsweg erfolgen sollte. In der Sitzung am 1. November habe ich Stimmenthaltung geübt. Das ist als unbilliger Wiederaufbauminister zu den Verhandlungen mit der Industrie nicht hinzugezogen war, soll auf Wunsch des Herrn Sinnes unterbleiben sein. Auch die übrigen sozialdemokratischen Minister waren von der Vorlage vorher nicht unterrichtet worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.) Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärt dem Vorredner gegenüber, Herr Sinnes habe weder ihn noch einen Beamten des Außenministeriums ersucht, Herrn Robert Schmidt von der Befragung auszuschließen. Damit schließt die Aussprache. Nach längerer Geschäftsverhandlung wird die Einbringung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, dem 21 Mitglieder angehören sollen. Die Denkschrift der Regierung wird dem Haushaltsausschuß übergeben, nach 4 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Montag, 2. März, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsaussenministeriums.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 21. Februar
Geschichtskalender
21. Febr. 1677 Der Philosoph Baruch Spinoza im Haag.
1919 Ermordung des kaiserl. Ministerpräsidenten Kurt Eisner in München.
1788 Der Philosoph Arthur Schopenhauer in Danzig.
1840 August Bebel in Köln.
1924 Reichsregierung in Thüringen.

Veranstaltungen der Arbeiterjugend
S. A. J. Gruppe West. Sonntag, 22. Febr., Besichtigung der Schloßruine und Seidenrauperei von Herrn Braun u. Co. Treffpunkt um 10 Uhr am Nischen Ring. Punktschlag 9.30 Uhr.
Groß-Karlsruhe. Sonntag, 22. Febr., Fahrt nach Wehlten. Treffpunkt 9 Uhr am Hauptbahnhof, Sonntagmorgens 8 Uhr in Wehlten. Abfahrt 9.30 Uhr. Die übrigen Jugendlichen, die erst nachmittags fahren, treffen sich 12 Uhr am Bahnhof. 2. B. 12 Uhr nachmittags.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Jugendabteilung. Sonntag, 22. Februar, findet ein Ausmarsch der gesamten einseitigen Jugendverbände, nämlich der Reichsbanner, der Arbeiterjugend, der Jugend der Arbeitervereine, hinter dem Schloßgarten (selbstes Rad). Antrittszeit 10 Uhr. Abfahrt nach 12 Uhr. Die Gruppenführer werden hierzu ersucht. Es ist Pflicht aller Anmarschierenden, bei diesem Ausmarsch unbedingt teilzunehmen.

Reaktion im Karlsruher Volksschulwesen
R. W. Was wir an dieser Stelle am 21. Oktober vorigen Jahres vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Das Karlsruher Rathaus hat nicht die Bildungstage befehlen, mit seinen rücksichtslosen Bürgerbeschuldungen noch zur Zeit der Wahlen herauszuwerfen. Man fürchtete offenbar schlimme Folgen bei den Wahlen. Erst jetzt wird das Verbot bekannt und sogar die 2.11. bemüht sich, die Karlsruher Schulklassen in alle Winkel zu zerstreuen.

Was uns zu solcher Ausdrucksweise berechtigt? Nach dem was wir an dieser Stelle am 21. Oktober vorigen Jahres vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Das Karlsruher Rathaus hat nicht die Bildungstage befehlen, mit seinen rücksichtslosen Bürgerbeschuldungen noch zur Zeit der Wahlen herauszuwerfen. Man fürchtete offenbar schlimme Folgen bei den Wahlen. Erst jetzt wird das Verbot bekannt und sogar die 2.11. bemüht sich, die Karlsruher Schulklassen in alle Winkel zu zerstreuen.

Ein in Karlsruhe in höchstem Ansehen stehender Schulmann hat über eine derartige Trennung der Schüler ganz andere Gedanken, als das Karlsruher Rathaus. Der Staatsrat Dr. C. von Schmidt schreibt in einer Broschüre „Die deutsche Einheitschule“ folgenden Text: „Wenn der Staat es als seine Pflicht ansehen muß, allen Kindern seiner Bürger diejenige Erziehung zu geben, die im höchsten Grade zur Leistung der ihnen in der nationalen Gesellschaft zufallenden Arbeit. . . so darf er diese Erziehung nicht in Schichten aufteilen. . . Er darf aber auch innerhalb dieses Erziehungssystems nicht weitere Schiedswände errichten, die den gewöhnlichen Gang der Ausbildung gleich nach den ersten Jahren wieder unterbrechen.“ Damit ist der Stab über den Karlsruher Bürgerbeschuldungen von einer Seite gebrochen, die über den Verdacht allgroscher Sinnlosigkeit zur peffischen Zinken erzogen sind, und deren Kompetenz man der aller Schulbesuchenden des Karlsruher mit Einschluß des Stadtschulrats mindestens ablehnen darf.

Unter der politischen Seite hat der Plan der Bürgerchule aber auch noch eine pädagogische. Der Plan bedeutet eine Verminderung und Verfestigung der Karlsruher Volksschulen, gegen die wir im Interesse des Volkes mit aller Entschiedenheit protestieren. Man bedenke das Folgende: Nach dem vierten Schuljahr schöpfen die Mittelschulen den Rahm von den Volksschulen ab. Die Begabtesten verlassen die Volksschulklassen. Später kommen die Handelsschulen, die ebenfalls gutes Material aus den Volksschulklassen herausziehen. Und nun will Herr Stadtschulrat Dr. Weidinger noch ein drittes Mal abrahmen für seine neuen Bürgerchulklassen. Jeder Laie kann sich vorstellen, was dann noch in den Volksschulklassen zurückbleibt. Diese Klassen sind pädagogisch unbrauchbar; es fehlt ihnen der Sauerreiz der Intelligenzen, die die andern Schüler mitreißten. Die Lehrer müssen sich der geringen Aufnahmefähigkeit des ausgehenden Schülersmaterials anpassen. Der ganze Unterricht wird dadurch arm und minderwertig.

Vor dieser schweren Gefahr für die Volksschule warnt ein namhafter Schulmann mit folgenden Worten: „Solche Abwanderungen bedeuten für die Volksschule der Großstädte ein Absinken von gutem Schülermaterial, eine Verarmung an intellektuellen Talenten und damit infolge der selbsttätig sich einstellenden Anpassung an die geringere Durchschnittsbelegung der Klassen eine stillschweigende hingenommene Herabminderung der Anforderungen und Leistungen der Schule. Diese Senkung der geistigen Höhenstufe der Volksschule wird naturgemäß um so tiefer sein, je größer die Zahl der abwandernden gut heranreife Schüler ist.“ Der namhafte Pädagoge, dessen Worte derart vernehmlich sind für den Gebildeten, ist Herr Stadtschulrat Dr. Weidinger! Die zitierte Stelle ist einem Brief entnommen, der er kürzlich im „Badischen Beobachter“ veröffentlicht hat. Man leben wir zwar in einer anerkannt schnelllebigsten Zeit, aber nicht alle Menschen sind solche Virtuosen der Fernsprechkunst, daß sie heute nicht mehr wissen, was sie gestern geschrieben haben, daß sie sich heute nicht für etwas einsetzen, was sie gestern noch bekämpft haben. Einem Schulaufsichtsbeamten, der, wissend, daß ein Plan eine Verfestigung der Volksschule bedeutet, doch zur Durchführung dieses Planes die Hand bietet, dem müssen wir das Zeugnis verpassen, daß er ein ehrlicher Freund der Volksschule ist. Das Karlsruher Rathaus ist hier schlecht beraten. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich die Freiheit nehmen, einen andern, natürlicheren Verstoß einzurufen.

Öffentliche Versammlung der Sparers und Gläubiger
Im dichtbesetzten kleinen Festsaal sprach vergangener Mittwochabend Herr Professor Dr. C. u. f. a. h. M. a. z. (von der Handelschule Mannheim) über das sehr zeitgemäße Thema: „Die Wiederherstellung der Wirtschaft durch die Wiederherstellung der Sparrechte.“ Die sehr impulsive vorgetragenen wirtschaftlichen Erkenntnisse des Redners, sowie auch seine scharf und mitunter bombastisch ausgesprochenen Schlussfolgerungen fanden bei den sehr stark vertretenen Interessenten lebhaftesten Beifall. Im übrigen darf man ruhig anerkennen, daß mit den Sparern und Gläubigern ein sehr wertvolles Betätigungsfeld geschaffen worden ist, und das eine klare Kennzeichnung dieser beschämenden Angelegenheit in öffentlicher Form ihre Berechtigung hat. Man muß aber auch den Sparern mit aller Eindringlichkeit sagen, daß gerade diejenigen Parteien, z. B. Deutschnationale und Volkspartei, am wenigsten für die betroffenen Sparern tun, trotzdem sie vor der Wahl das große Mundwort hatten und sich als die alleinigen wahren Vertreter der Interessen der Sparers aufspielten. Aber die letzteren erhielten von diesen Parteien weiter nichts als die famose 3. Steuernotverordnung, während die „armen“ Industriellen des Ruhrgebietes im Einklang mit den Deutschnationalen und Volksparteiern 700 Millionen zugesichert erhielten.

Der Redner entwickelte außerdem folgende Gedanken: Der Kampf um gerechte Aufwertung ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Wirtschaft, die sich nur durch die Opferwilligkeit des deutschen Sparers wieder aufbauen kann. Die sogenannte deutsche Inflation sei der größte Volkseid der Weltgeschichte, eine Tat niedrig denkender Gewaltmenschen. Noch niemals ist ein solch gräßlicher Betrug gesehen. Vor dem Ruhrkampf, wo wir noch stärker waren, konnte die Festwahrung nicht geschaffen werden, aber danach, als das Reich um ungeheure Werte ärmer war, da war die Goldmark-Währung wieder herzustellen. Durch die Sparaufgaben war es den Sparkassen und Banken zu einem großen Teil erst möglich, den großen Firmen das Geld zu leihen, mit dem sie arbeiteten und zum Teil feststehende Werte schufen, wie Maschinen, Fabriken, Geschäftshäuser. Die 3. Steuernotverordnung, ein sehr wertvolles Geld, will in ihrer Auswirkung die ernsthaften und treuesten Volksteile abtöten, die Sparern um ihren Anteil am Volkseinkommen betrügen. In scharfen Worten wandte sich der Redner gegen Berlin, wo alle Besheiten ausgebeutet werden. Der Redner forderte die Sparern auf, zur Selbsthilfe zu greifen, denn die trübselige jahrelange Sparlosigkeit gibt man nicht kamplos aus der Hand.

Der Referent kam auch auf die Korruptionsfälle zu sprechen und meinte allerdings, daß in der Monarchie so etwas nicht passiert wäre. Aber Herr Professor! Nach 1871, also zur Zeit der „engelsteinen“ Monarchie, ereigneten sich auch solche Fälle, die man allerdings mit dem Mantel der christlichen und monarchistischen Nächstenliebe bedeckt. Und dann Herr Professor, es sind doch vorwiegend gute Monarchisten, die als Kritiker der Inflation in Betracht kommen und demzufolge ihren Reichtum noch vermehren. Und diese Monarchisten trübten sich heute doch ganz gewaltig, von ihrem Reichtum etwas abzugeben und machen dadurch eine höhere Aufwertung der Sparaufgaben usw. unmöglich. Mit Lobhudelei auf die Monarchie ist auf alle Fälle den armen Sparern nicht beholfen.

Da keine Aussprache seitens der Versammelten gewünscht wurde, schloß der Vorsitzende nach Annahme der gestern schon veröffentlichten Entschliessung die rubia verlaufene Versammlung.

Verband der Fabrikarbeiter

Am Sonntag, den 15. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Dieselbe setzte sich zusammen aus den Betriebsvereinigungen und Vertrauensleuten. Der Bericht erstattete Kollege Karle. Unter dem wirtschaftlichen Niedergang im verflochtenen Jahr hatten wir schwer zu kämpfen. Es zeigt sich aber auch die Tatsache, daß bei den meisten Arbeitern, also auch bei den Vertrauensleuten, die Löhne am weitesten zurückgeblieben sind. Nichts ist für die Unternehmer willkommen, als Selbstverleugung innerhalb der Arbeiterchul. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß eine aufklärerische, vom Vertrauen zu ihren Führern getragene Gewerkschaft in der Lage ist, tatkräftig die Interessen der Arbeiter zu vertreten und dadurch den Arbeitgebern mehr imponieren, als alle radikalen Redensarten es vermögen. Ein Beispiel sei uns Ludwigshafen durch die Gründung des kommunistischen Industrierverbandes. Ein großer Teil der dortigen Arbeiter ist heute indifferent. Der Verband der Fabrikarbeiter ist heute trotz aller Gegenwehr von Unberufenen auf dem Wege zur alten Stärke und Macht. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1923 und der hiernach erfolgten Nachsprüche in der Arbeitszeiterfrage für einzelne Industrien nahm im Bericht einen breiten Raum ein. Die Arbeitgeber haben es ausgesprochen verstanden, durch das Darniederliegen der Industrie sich Vorteile zu verschaffen. Waren doch die Gründe für die Verlängerung der Arbeitszeit sehr fadenförmig und mitunter so, daß man das Gefühl nicht los wurde, die Unternehmer haben ihren Gründen selbst fremd gegenüber. Man mußte und wollte vor allen Dingen die Konjunktur ausnützen. Auch das Verhalten mancher Gewerkschaften von Unorganisierten grenzt an Arbeiterverrat. Um all die Arbeiter zu bewältigen, waren 125 Verhandlungen und 41 Sitzungen mit Betriebsvertretungen notwendig. Lohnverhandlungen der verschiedenen Industrien hatten wir 61, wo zu endgültigen Entscheidungen in 22 Fällen entweder sogenannte Tarifämter oder der Karlsruher Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte.

Die Vorarbeiten zur diesjährigen Maifeier sollen fröhlich getroffen werden. Allgemein gebilligt wurde der Beschluß des Hauptvorstandes über Abhaltung von Bildungsversuchen, die im Monat Mai stattfinden. Durch eine Kundgebung seitens der Verwaltungsstelle werden wegen der Beilegung Erhebungen gemacht. Zum Schluß richtete der Vorsitzende Kollege Fesler an die anwesenden Delegierten die Bitte, genau so mitzuarbeiten, wie dies bisher der Fall war. Engster Zusammenhalt der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften werden arbeitserhebende Elemente unmöglich machen. Wenn ein jeder auf seinem Platz seine Pflicht erfüllt, muß es gelingen, den Fabrikarbeiterverband am bisherigen Ort wieder zu einem starken Machtfaktor zu machen. 2. 2.

Festballekonzert. Wer am kommenden Sonntag, 22. ds. Mts., dem an diesem Tage herrliche Fatinastrassengetriebe entfliehen will, der komme in die Festhalle zum 2. humoristischen Konzert der Harmoniecapelle unter Leitung Hugo Rudolphs. Schon ein flüchtiger Blick auf das norwegische große Programm läßt allerlei Ueberraschungen erwarten. U. a. wird die vor 14 Tagen mit so großem Erfolg aufgeführte Programmnummer: Müdenbergers Nachspiel „Marsch der Soldaten“ auf vielseitigen Wunsch wiederholt. Wer also recht von Herzen lachen will, der komme am Sonntag mit zum Festballekonzert.

Einführung in die Waldorfschulpädagogik. Man schreibt uns: Nach dem großen Interesse, das sich bei dem Vortrage von Rektor Pöschel-Breslau am 27. Januar für die Ergiebigkeit der freien Waldorfschule in Stuttgart gezeigt hat, wird der von dem Verein für ein freies Schulwesen (Waldorfschulverein) zur Vertiefung und Fortführung der gewonnenen Anregungen für einen besonderen Interessentenkreis in der Ortsgruppe beabsichtigte Studententum nunmehr in Form von öffentlichen Vorträgen aus der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Unter dem Gesamttitel: „Einführung in die Waldorfschulpädagogik“ werden diese Vorträge in den nächsten Wochen von Lehrern der Schule hier gegeben werden. Schon am Samstag, den 21. Febr., wird zum Beginn Herr Dr. v. Baraballe im großen Chemie-Hörsaal der Techn. Hochschule abends 8 Uhr über das Thema sprechen: „Der Aufbau des Unterrichts nach den Entwicklungsstufen des Kindes.“ Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer.

Arbeiterbildungsverein. In sämtlichen Räumen seines Vereinshauses (Wilhelmstraße 14) gibt der Verein heute abend eine farnevalistische Veranstaltung, die gemüthliche und humorvolle Stunden bringen wird. Die Mitglieder und Freunde des Vereins seien auf diese Veranstaltung nochmals aufmerksam gemacht.

Kesselfischerei ab heute. „Potasch und Berlmutter“. Ein Lustspiel aus der Konfektion. Die Welt der Konfektion beweist nicht nur ihre Zauberkräfte für die allseitig schuldbedürftigen Frauen, auch die Literatur hat sich der des fiktiven angenommen. Selbst die Bühne wandte sich dieser Kalle der Konfektion zu und im Film ist eine Modeschau eine beliebte Nummer. Hier im Film aber, wo wir das Werden, Bestehen und Blühen einer berühmten Konfektionsfirma in allen Details miterleben, tut sich das ganze Drum und Dran der Konfektion auf und namentlich ist dem Laien ein eingehender Blick hinter die Kulissen gestattet. Jeder kommt auf seine Rechnung. Es steckt soviel wirklich bewundernder Humor in dem Film, daß ihm überall ein nicht minderer Erfolg beschieden war, wie dem gleichnamigen Theaterstück. Die Rollenbesetzung ist eine glückliche. Potasch und Berlmutter, die beiden freizeittätigen und doch einander so anhänglichen Compagnons, sind glänzend illustriert. — Im Beiprogramm: „Felig und die Wohnungsnote.“ Schier unerträglich sind die komischen Situationen, die dieser fiktive Mater heldenhaft bewältigt.

Kulturfreunde, Gau Baden. Die Ortsgruppen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Buchbinder Rothe, Wilhelmstr. 30 in Empfang zu nehmen.

Der heutige Nummer des „Volk und Zeit“ ist die achtseitige Bilderbeilage „Volk und Zeit“ der 8. Woche beigegeben.

MAGGI Würze
gekauft in Originalflasche Nr. 6 (mit Plombenverschluss!) und dann nach Bedarf aus der großen in die kleine MAGGI-Flasche nachgefüllt, ist für die Hausfrau am vorteilhaftesten.

50. Goldenes Arbeitsjubiläum. Herr Schlosser Sigmund Müller, bei der Firma Junfer u. Ruh, kam am Montag auf eine 50-jährige Tätigkeit bei genannter Firma zurückblicken. Am 28. Februar 1875 trat er bei der Firma Junfer u. Ruh ein, wo er — abgesehen von einer zwangsweisen Unterbrechung während des Krieges — bis zum heutigen Tage beschäftigt ist. Seine Geschäftskollegen werden dieses seltene Jubiläum dementsprechend würdigen. Der Jubilär ist aber auch ein alter Gewerkschaftler, ein zuverlässiger Kämpfer für die Arbeiterfrage, sowie ein treuer jahrzehntelanger Abonnent des „Volksfreund“. Er hatte früher als der „B.“ nach in Offenburg gedruckt worden ist, die Filiale Mühlburg beurlaubt und sich stets für die Verbreitung unseres Blattes eingesetzt. Neben seinen Kollegen gratulieren auch wir dem Jubilär und wünschen ihm einen frohen Lebensabend.

1. Sozialdemokratische Partei — Bezirk Weistadt. Die Versammlung sollte in Anbetracht des interessanten Vortrags besser besucht sein. Obwohl Genosse Dr. Lehmann infolge Verhinderung nicht sprechen konnte, hielt an seiner Stelle Genosse Regierungsrat Weichmann einen gut ausgearbeiteten Vortrag über Sowjet-Rußland an der Hand des Buches von Arthur Soltscher, welcher im Auftrag der United Press in Amerika eine dreimonatliche Reise unternommen hatte, gab Gen. Weichmann, ausgehend von der russischen Verfassung ein Bild über Sowjet-Rußland. Ueber den Vortrag wurde ja schon berichtet, sodas es sich erübrigt, darauf näher einzugehen. In der Diskussion sprachen Gen. Wüstner, Genossin Schneider, Gen. Krauß, Schred, Müller, Gen. Künze. Im Schlusswort ging Gen. Weichmann auf gestellte Fragen ein, welche besonders die Erziehung der Kinder und Schulfragen betrafen. Auch diese Versammlung kann als ein Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus gebucht werden.

(2) Der diesjährige Bundestag des Südbundes der Eisenbahner findet in hiesiger Stadt statt und zwar im August oder September.

(3) **Gesellschaftsverlegung.** Die Geschäftsstelle der Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung G. m. b. H. bisher Mathstraße 33, befindet sich seit einigen Tagen in den vollständig neu hergerichteten Räumen des der Stadt gehörigen Gebäudes Beitzheimstraße 10 nächst dem Konzerthaus. Die Vorführungen finden sehr lebhaft nach wie vor im Konzerthaus statt. Die Gesellschaft ist untermehr mit Nr. 4560 und 4561 an das Fernsprechnetz angeschlossen (seit 2700).

Dr. Fischers Musikalische Komödien geben für den Opernsekt des Theaters eine Probe, was für das Schauspiel die Kammertheater bedeuten: Kunst, nur bestmögliche Mittel in billigerer Wiederholung. Aus verfaulten Rechnen heilt das bekannte Berlin-Bücherei Unternehmen seit Jahren künftige Schätze heraus. Der Verein bildender Künstler in Karlsruhe hat sich ein Verdienst um die Belebung der Darbietungen erworben, indem er am 4. und 5. März in seinem schönen Saal die allgemein jugendliche Aufführung von sechs musikalischen Komödien von Gluck, Offenbach, Ritterstorf, Fischer, Reichardt und Marschner herausbringt. Das Personal der Künstlertruppe ist von seinen früheren Vorstellungen in früheren Jahren als vortrefflich bekannt. Im übrigen werden wir noch auf die Veranstaltung zurückkommen. (Siehe die Anzeige.)

Im Kaffee Wäber, Waldhornstraße, findet Sonntag nachmittags 4 Uhr wie jeden Abend Künstler-Konzert der Kapelle Schwalbach statt.

Karnevals-Gesellschaft „Fidèle Geister“. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens vortrefflicher Gesellschaft findet am Sonntag, 22. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Saal des „Apollo“ große Jubiläum-Damen- und Fremdenfeier statt, wozu jedermann freundlichst eingeladen ist. Es stehen sehr unterhaltende, humorvolle Stunden bevor.

Größer Maskenball des Gefangenenvereins „Sabena“ e. V. Rosenmontag, 23. Februar, abends 8 Uhr, in sämtlichen Räumen der Festhalle, Großer Maskenball. Für die originellsten Masken sind wertvolle Preise und zwar: 2 Gruppen-3 Damen- und 3 Herrenpreise vorgesehen. Dieselben sind im Zigarrogengeschäft der Firma Herrn. Neufel, Kaiserstraße 141, am Markt, ausgestellt. Im großen Saal 2 Ballorchester, im kleinen Saal Ball (Streichorchester) mit Kabarettelagen — hervorragende Künstler — im Bierstübchen Podium mit Schrammelmusik. Die Vereinsleitung hat dafür Sorge getragen, daß jeder Teilnehmer frohe und vergnügliche Stunden erleben wird. Alles Nähere siehe Inserate dieses Blattes und Plakatsäulen.

Aus den Vororten

Rinheim. Am Samstag, 21. Febr., abends 1/2 8 Uhr, findet im „Erbringen“ eine öffentliche Versammlung statt zwecks Gründung eines Arbeitergefängnisses. Stadtrat Lappert wird einen Vortrag halten über „Wege und Ziele der Arbeitergefängnisbewegung“. Alle Anhänger und Freunde des freien Gefängnisses sind zu dieser Versammlung eingeladen und werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Aus dem Freistaat Baden

Hg. Schmitt-Breiten

Wer den bekannten deutschnationalen Abgeordneten Schmitt aus Breiten kennt, der weiß, daß man sich von ihm im politischen Kampfe alles gebärigen kann. Was er sich aber am verflohenen Mittwoch abend in öffentlicher Sitzung des badischen Landtags leistete, als die förmliche Anfrage über das feinerzeitige Verbot des deutschpöblichen „Süddeutschen Volksblattes“ in Breiten verhandelt wurde, übersteigt alles bisher von diesem Parlamentarier und Politiker Gehörte. Er bezeichnete den Beamten, welcher dem Minister des Innern das Verbot des „Süddeutschen Volksblattes“ vorgebracht, als unfähig; er rief dann fort: „Ist er aber fähig, dann ist er ein Verbrecher!“ Dieser unerhörte Ausbruch und die darin enthaltene Beleidigung eines Beamten des Ministeriums des Innern erfuhr sofort durch entrückte Kunde von allen Seiten des Hauses die gebührende Zurückweisung. Der gesamte Landtag — natürlich mit Ausnahme der deutschnationalen Fraktion — empörte sich über diese üble und beleidigende Charakterisierung eines Mitarbeiters des Innenministers. Dieser selbst rief in begreiflicher Entrüstung dem dreifachen Breiten Rechtsanwalt ein „Fuhr Teufel!“ zu; er hatte mit diesem treffenden Ausdruck fester die durch Schmitt geschaffene Situation am klarsten und kürzesten gekennzeichnet. Dabei muß man sich in Erinnerung rufen, was denn eigentlich zum Verbot des Pöblichen Volksblattes geführt hat. Ein am 29. November 1924, also 8 Tage vor der Reichstagswahl, von einem Eugen Bruchardt-Münchheimer verfaßtes und im „Süddeutschen Volksblatt“ zum Abdruck gebrachtes „Gedicht“ lautete in seinem Schlußvers:

Kann ein Deutscher Achtung haben
Vor dem Schmutz solcher Schmach,
Vor dem schwarz-rot-goldenen Lappen,
Welcher Deutschlands Glanz zerbrach?
Kein! Vom Rheinquell bis zum Meer,
Zreibe uns der Heimat Rot
Unter's Banner deutscher Ehre
Zu den Farben Schwarz-Weiß-Rot.

Da dem schwarz-rot-goldenen Lappen waren natürlich die Reichsfarben bzw. die Farben Schwarz-Rot-Gold gemeint. Das leugnete jedoch der Hg. Schmitt. Es war ja so lustig, mit anzuhören, wie er den, natürlich verhehlten, Versuch machte, die Bezeichnung: Schwarz-rot-goldener Lappen als keine Herabwürdigung achten zu lassen. Denn bei dem Zusammenbruch 1918 habe Schwarz-Rot-Gold noch nicht als Reichsfarbe gegolten. Und zudem sei Schwarz-Rot-Gold inzwischen eine Parteifarbe geworden, weil in neuerer Zeit das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet worden sei. Mit dieser kläglichen Ausflucht hatte der deutschnationalen Verbrecher kein Glück, denn daß der angeführte Vers eine Beschimpfung der Reichsfarben bedeutete, ist ganz selbstverständlich, und das Ministerium hatte durchaus recht als es das „Süddeutsche Volksblatt“ gestiftet auf die entsprechenden Paragraphen des Republikstrafgesetzes, auf die Dauer einer Woche verbot. Da die ganze Angelegenheit — sie vielle, wie schon bemerkt, Ende November 1924 — zeitlich längst überholt war, sollte die Einbringung der förmlichen Anfrage nur die nachträgliche Veranlassung zu den beabsichtigten Angriffen auf den sozialdemokratischen Minister des Innern geben. Wir kennen ja unsere Bohlenheimer, und kennen

die Schmitt-Breiten und Genossen zur Genüge aus ihrer täglichen Betätigung gegen die Republik im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besonderen.

Aber der Interventions-Schutz traf nicht den badischen Innenminister, sondern er brüllte, und zwar recht kräftig, auf den parlamentarischen Schützen zurück. Schmitt-Breiten hatte die Anfrage-Sache, wie selbst politisch ihm nahestehende Kreise wie der Hg. Weber am Mittwoch abend feststellten, glattweg „verloren“ und dadurch einen schlechten Anstoß zu den anderen förmlichen Anfragen, die ebenfalls an das Ministerium des Innern gerichtet waren, gegeben. Zunächst fanden die hyperpatriotischen Deutschnationalen nur bei den ihnen sonst schwer verhaßten Kommunisten die nach der Geschäftsordnung notwendige Unterstützung. Die Deutschnationalen waren nur in der Stärke von 5 Mann vertreten, es sind aber 7 Abgeordnete notwendig, damit eine förmliche Anfrage zur Beipredung kommen kann. Die fehlenden 2 Abgeordneten stellten die — Kommunisten. Die parlamentarischen Vertreter dieser „Arbeiterpartei“ schämten sich nicht, der deutschnationalen Fraktion des badischen Landtags politische Steigbügelknechte zu leisten. Man ist ja von den Ritter und Genossen nahezu fast alles gewöhnt.

Mit Unterstützung dieser „Freunde“ von links zog Schmitt-Breiten in den Kampf und leitete sich die schon angekündigte gemeine Attacke gegen einen badischen Beamten. Aber er machte schließlich einen schändlichen Zurückzieher: er wollte nur den Presse-Referenten des Ministeriums des Innern gemeint haben. Minister Kemme nahm ihm aber auch hier den Malitionsstoff aus den Segeln, indem er feststellte, daß auch die Presse-Referenten des Ministeriums Staatsbeamte seien und durch die Angriffe des Hg. Schmitt-Breiten getroffen würden. Ein Vorwurf, wie ihn Schmitt erhoben habe, sei einem Beamten im badischen Landtag noch nicht gemacht worden.

Was Mißerfolg auf der ganzen Linie für den freibleibenden deutschnationalen Interventionsanten, der bekanntlich schon vor dem Kriege dem badischen Landtag angehört und schon damals ein geschickter Gelehrter unserer Partei war. Dieses schätzbare Handwerk legt Schmitt-Breiten, seit er nach dem Kriege wieder dem Landtag angehört, fort. Mit welchem Ausmaß hat der Mittwoch abend betrieben. Der politische Rückfallverzet, wie Schmitt sie treibt, wird deshalb innerhalb und außerhalb des Landtags scharf auf die Finger gesehen. Ihre Erfolge gegen das Heben im umgekehrten Verhältnis zum Aufwand ihrer maßlosen Angriffe gegen die Sozialdemokratie und deren beruhten Vertreter in leitenden Staatsstellen.

Bereinsanzeigen

- Karlruhe.**
- Gefangenenverein „Lassalle“ Morgen 8 Uhr nachmittags 4 Uhr gemäßigtes Beisammensein bei Mitglied Köhler zum „Lamm“ in Mühlburg. 1485
- Naturfreunde Gau Baden. Die Ortsgruppen werden gebeten, das neue Nachrichtenblatt bei Buchbinder Kötter, Wilhelmstraße 30, in Empfang zu nehmen. 1487
- Freie Turnerische (Winter- und Sommer-Abt.). Sonntag 10 Uhr Treffpunkt Sonntag vorm. 9 Uhr Sand. Abfahrt Samstag 6 Uhr und Sonntag morgen 6:00 Uhr. 1491
- Arbeiter-Schülerverein. Sonntag vorm. 1/2 10 Uhr Schützen im „Jägeringen Löwen“. Jede Jahrgänge und Abfertigung. Gleichzeitig besteht Vorstandssitzung, wozu hiermit sämtliche Vereinsmitglieder eingeladen sind. 1490

Unsere Filialinhaber

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiefen erhalten wollen die für März benötigte Bezugszahl (Erwerbslos- und Volkarbeiter getrennt) spätestens bis zum Dienstag, den 24. Februar, uns mitteilen. Die übrigen Filialen längstens 28. Februar. Verlag des „Volksfreund“.

Gerade für Wollwäsche-

Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in Ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Aussehen und behalten die Form. — Man wäscht Wollsachen natürlich immer handwarm.

Wegen Umstellung des Geschäftes

Total-Ausverkauf

Mein ganzes Lager in ausschliesslich besten Strapazier- und Qualitäts-Schuhwaren wird zu **spottbilligen Preisen** vollständig geräumt. — Es ergreife jeder die seltene Gelegenheit, **prima Schuhwaren** zu einem Bruchteil des normalen Wertes zu erwerben.

Schuhhaus Haller
Kaiserstrasse 60.

Ettlingen Arbeiter

kaufen ihre 143 bl. Arbeitskleider, Hosen, Windjaden, Anzüge, Mäntel, Sammmäntel, Sonnenmäntel, Herren u. Damen Kleider, Kragen, Strickpullover, Sportkleider, Hosenröcke und Anzüge, bei **P. Sommer**

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei „Volksfreund“

Liföre halb so teuer

wenn Sie, wie schon Ihre Eltern und Großeltern es taten, sich Ihre Schnäpfe mit den echten Reichel-Geleinen selbst brauen. Sie können sich dann jeden, auch den halbarsten Schnäpfe leisten und in vollen Zügen genießen. Machen Sie keine neuen risikanten Versuche, befehen Sie auf „Reichel-Essenzen“, die allerberühmte Marke, die vollwertige Qualität und gutes Geleinen verbirgt. Erhältlich in Drogerien und Apotheken. Dr. Reichel's Teerpräparat enthält umsonst aber kostenfrei durch Otto Reichel, Berlin 30, Eisenbahn-Str. 44, Reichel-Essenzen — Die Marke der Renner.



Karlsruher Polizeibericht vom 21. Februar

Unfall. Gestern mittags stürzte ein 47 Jahre alter Maurer aus Leosoldshausen in einem Anwesen der Grünwintlerstraße...

Valuta

nach dem Berliner Geldkurs vom 20. Februar 1925. In Auszahlung: Belgien 21.13 M per 100 belg. Fr. ...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 22. Febr.: Auch in der Ebene Nachfröste, auf den Höhen meist heiter, in den Ebenen neblig, trocken.

Wasserstand des Rheins

Schufstein 55, gef. 2; Rehl 179, gef. 5; Maxau 350, gef. 7; Mannheim 251, gef. 4 Zim.

Kleine badische Chronik

Mannheim. Eine aufregende Szene spielte sich am Freitag früh auf dem hiesigen Hauptbahnhof ab. Ein 49jähriger Arbeiter war aus den Räumten des Hauptbahnhofes...

4. Gundeßlingen bei Reiburg. Die entlarvten Ochsen diebe. Im Jahre 1919 wurden einem hiesigen Landwirt ein Paar Ochsen aus dem Stall gestohlen...

Sädingen. Die Seidenbandwebereien auf dem Höhenwald, die seit etwa 40 Jahren der Bevölkerung dieses rauhen Berglandes Verdienstmöglichkeiten gaben...

Schenach. In Rosshardsberg hat sich beim Holzschleifen ein schwerer Unfall ereignet, der ein Menschenleben gekostet hat. Der Sägewerksbesitzer Baaner aus Oberprechtal...

Waldbühl. In Altilsberg brannte das Anwesen des Landwirts Ebner innerhalb 2 Stunden bis auf den Grund nieder. Es konnte fast nichts gerettet werden.

Lörrach. Aufgabehobes Verbot. Bis jetzt bestand auf einzelnen Straßen des Bezirks Lörrach ein Sonntagsfahrverbot für Kraftwagen.

Die Fleischversorgung von Baden und der Pfalz. Ende vorigen Jahres wurde in pfälzischen Zeitungen darüber geflüstert, daß die badische Regierung den pfälzischen Metzger den Ankauf von Vieh in den badischen Ortsgemeinden untersagt habe...

Neue Lebensmittelkategorien sollen diesen Sommer in den badischen Wagenpark einstellt und dem Verkehr übergeben werden. Die Fahrzeuge, die eine Kettenlänge von ca. 10 Meter haben, gleichen Eisellern auf Rädern.

werden. Die Fahrzeuge, die eine Kettenlänge von ca. 10 Meter haben, gleichen Eisellern auf Rädern. Die Doppelwände der Wagen sind mit einer 120 Millimeter dicken Isolierdichtung ausgefüllt...

Letzte Nachrichten Deutschland für die „Lusitania“-Schäden verantwortlich

Washington, 19. Febr. (Buntspruch). Der Obmann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entscheld dieser Kommission bekannt, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersetzen, die in Amerika lebende Angehörige englischer bei der Versenkung der „Lusitania“ ums Leben gekommenen Untertanen erlitten haben.

Vollzählung 1925

Berlin, 18. Febr. Im Reichsrat widmete der Vorsitzende, Reichsinnenminister Schiele, den Opfern des Verwerksungsrechts einen Nachruf, den die Mitglieder des Reichsrats stehend anerkennen. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Gesetzentwurf angenommen, durch den der Reichswirtschaftsminister zur Vornahme einer Volkszählung im Jahre 1925 ermächtigt wird.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Robert Baruch, alt 65 Jahre, Ehefrau von Israel Baruch, Kantor. Hermann, alt 45 Minuten, Vater Franz Meyer, Schmied. Daniel Reinhard, Landwirt, Ehemann, alt 61 Jahre. Paul Weishaar, Minister-Ober-Registrator, Ehemann, alt 58 Jahre. Wilhelm, alt 12 Jahre, Vater Thimotheus Hub, Schuhmacher. Rosa, alt 10 Tage, Vater Georg Müller, Tagelöhner. Friedrich Dreher, Schlosser, ledig, alt 69 Jahre. Maria, alt 7 Jahre, Vater Albert Lupp, Installateur. Josef Melamet, Oprenfänger a. D., Ehemann, alt 61 Jahre. Gustav Störzinger, Kaufmann, alt 46 Jahre. Thelma Schneider, alt 48 J., Ehefrau von David Schneider, Verwaltungsinjektor.

ROB GEGRÜNDET. Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu. Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe mit Depostitenkasse am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mülburg.

Pfannkuch, Dörrobst, Pflaumen, Birnschnitz, Kranzweigen, Pfannkuch. Preise: 36 Pf., 42 Pf., 52 Pf., 35 Pf., 44 Pf.

Mäntel, Kleider, DANIELS Konfektionshaus, Wilhelmstr. 36, 1 Tr. (keine Ladenspesen, Personalspesen)

Für Brautleute! Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer, Küchen-Einrichtungen (mod., hübsche Formen), Einzelmöbel, Polsterwaren, Betten etc. Möbelhaus Karl Epple, Steinstraße 6, Telephon 1581

Druckarbeiten aller Art liefert die Buchdruckerei „Volkfreund“, Luisenstraße 24. Durlacher Anzeigen. Fastnacht. Anordnung. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird für die Fastnachtzeit 1925 folgende Anordnung erlassen: 1. Auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist das Tragen von Larven sowie der Aufenthalt mit verunreinigten oder unkenntlich bemaltem Gesicht ohne Unterschied des Alters sowie das Verleihen von Ankerlilien und Konfetti — auch in Wirtschaften — verboten.

Karamellergesetz Amol. Beliebtes Haus- und Einreibemittel. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Konsumverein Durlach und Umgegend. Wir empfehlen unseren Mitgliedern zur Fastnacht: Spezialmehl 0, Pflaumen, Ringäpfel, Aprisofen, Birnen. Durlacher Stolz, Rahma, Margarine, Mischobst, Ringäpfel, Pflaumen, Aprisofen, Birnen.

Frauenwelt durch die Volksbuchhandlung Adlerstraße 43. Pfannkuch, Dörrobst, Amerikanische Dampfäpfel, Kalifornisches Mischobst, Kalifornische Aprikosen, Pfannkuch. Preise: 90 Pf., 60 Pf., 1.30 Pf.

„Hensola“

HENSEL'S Palmkernbutter

100% Fett
rein & geschmeidig

Das 1/2 Pfund nur 40 S

zum Braten
Backen
Kochen

Erhältlich in allen besseren Lebensmittelgeschäften

Alleiniger Hersteller: **Gebr. Hensei, Karlsruhe i. B.** — Telefon 71 und 571.

Das Offenhalten der Preiskurven am Fastnachts-Donnerstag betr. Das Badische Gewerbeamt hat hier mit Entschiedenheit vom 18. Februar 1925 den Preisen und Berrüdenmachern getattet, die Preiskurven am Sonntag, den 22. Februar 1925 in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags offen zu halten.

Sie machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß damit lediglich die Berrichtung der mit den genannten Gewerben zusammenhängenden Arbeiten getattet worden ist, daß aber der Verkauf irgendwelcher Waren, (Zolltarifartikel, Fastnachtsartikel u. dergl.) auch in diesen Geschäften verboten ist.

Karlsruhe, den 20. Februar 1925. OZ 18
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.



Badisches Landestheater
Samstag, 21. Februar,
Theat.-Nr. 4001/4400,
5101/5300
Der gute Geist
Lumpazivagabundus
oder
Das liederliche Kleeblatt
Jahresposse mit Gesang
in 3 Akten von R. Wehly,
Musik von R. Müller. In
Szene gesetzt von Felix
Wannbach. Musik Leitung:
Max Schlager.

Personen:
Stellarius Fräulein
Antonina Fräulein
Suzette Fräulein
Amorosa Fräulein
Wahltag Fräulein
Hilarius Fräulein
Glarus Fräulein
Lumpazivagabundus Fräulein
Ein Vertretungs- Fräulein
Schumann Fräulein
Jim Fräulein
Herr Fräulein
Antoni Fräulein
Signora Falbiti Fräulein
Amalia Fräulein
Lina Fräulein
Herrmann Fräulein
Freddi Fräulein
Gertrud Fräulein
Häsel Fräulein
Friedrich Fräulein
Strand Fräulein
Anastasia Fräulein
Herrmann Fräulein
Ein Hausierer Fräulein
Dücker Fräulein
Auf. 7. Ende u. 10 Uhr
Sperre 1. Abt. 4.30 Uhr.

Sonntag, 22. Februar,
F 16 25. G. 3701 — 4000
Neuinstudiert:
Soccaccio
Komische Oper von Suppé
Musik Leitung: Schwabe
In Szene gesetzt v. Buschard.
Personen:
Giovanni Soccaccio
Hoffmann-Dreher
Pietro
Hildegard-Freiburg a. G.
Scalza
Beatrice
Vatteringh
Nabella
Lambertuccio
Beronella
Fioretta
Leonetto
Auf. 6 1/2, u. Ende u. 1/2 10 U.
Sperre 1. Abt. 7 Uhr.

Konzertthaus.
Zum erstenmal:
Der wahre Jakob
Schwank in 3 Akten von
Arnold u. Bach. In Szene
gesetzt von Buschard.
Personen:
Peter Straube
Mila
Lotte
Weheimrat
Herrmann
Clement
Gros
Wett
Aufang 7 Uhr Ende 9 Uhr
Sperre 1. Abt. 8.30 Uhr.

Rohtühle
werden dauerhaft gelocht,
u. repariert. Joseph Neis,
Stübchenstraße 40. Karte gebt.

Achtung!

„Zum Philister“, Baumeisterstraße.
Sonntag — Montag — Dienstag
Großes Schrammel-Konzert
der Apachen- u. Siouxkapelle, wozu ergebenst einladet
W. Toberer, genannt „Schwobewille“
Alles lacht — alles schaukelt — alles schleibt
Div. Speisen u. Getränke

„Krokodil“ Karlsruhe

fastnachts-Donnerstag ab 11 1/2 Uhr morgens:
frühschoppen-Konzert

fastnachts-Donnerstag, -Montag, -Dienstag ab 8 Uhr abends:
Großes Faschingskonzert

Ausschank von Münchener Löwen-
bräu Märzenbier direkt vom faß
J. Möloth.

Augenkünstler kommt!

Ich halte mich vom 26. 28. Februar
in Karlsruhe auf, um Augen nach
der Natur unter Anwendung der
allerneuesten Technik, wie große
Beweglichkeit, anzuheilen
und einzubauen.
In sprechen im
„Hotel Nassauer Hof“
Kriegstraße 88.
Carl Müller, Jena.

Ihr
Gang nach
Mühlburg
lohnt sich!

Nur Philippstrasse 19

Möbel- und Battenhaus

Heinrich Karrer

Grosse Auswahl in
**Gutbürger' Wohnungs-Einrichtungen
und Einzel-Möbel.**

Kein Laden — daher billige Preise.

Zahlungs-Erleichterung.
Freie Lieferung nach auswärts per Autos.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Auf Grund des § 4 unseres Ortsstatuts berufen
wir auf Sonntag, den 8. März, 9 1/2 Uhr vor-
mittags nach Karlsruhe im großen Saal des Fried-
richshof, Karl Friedrichstraße unsere diesjährige
Generalversammlung
ein.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- u. Kassenbericht über das Jahr 1924
2. Wahl der Ortsverwaltung
3. Besprechung der eingegangenen Anträge.
Anträge zur General-Versammlung sind bis
spätestens Freitag d. 7. März bei der Orts-
verwaltung einzusenden. 1478
Die Ortsverwaltung.

H. Tintelotti, Karlsruhe

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
feinen Solinger Stahlwaren
wie Taschenmesser, Tischbestecke,
Scheren, Alpacabestecke und meine
la Rasiermesser
eigener Fabrikation sämtliche
Rasierutensilien.
H. Tintelotti, Rasiermesserhohlschleifer
Amalienstr. 43 Tel. 4182

Wahle die höchst Preise an-
nehmlich. Waage i. ansgen.
Frauenhaare.
Estar Deder Haarhandl.

„Zum gold. Hirsch“ Kaiserstr. 129
Sonntag, den 22. Februar 1925:
Großes Frühschoppen-Konzert
mit Soli- u. Kabarett
der Brauerei Schrempf-Bein.
Bringe meine gute bürgerliche Küche, sowie
Mittagsgericht in und außer dem Abonnement
in Empfehlung. 1484
Es ladet ein. Mit. G. u. Fran.
Die Verwaltung.

LASSALLIA
KARLSRUHE
1895

Unseren Mitgliedern hiermit die traurige
Mitteilung, daß unser Mitglied
Josef Melamet
Spezialfänger a. 2.
und durch den Tod entzogen wurde. Die
Beerdigung findet Sonntag nachmittags
2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
Die Sargträger treffen sich halb 2 Uhr am
Friedhofeingang. Um zahlreiche Betei-
ligung bittet
Die Verwaltung.

Warum

genießt eine Frau mehr
Muße, warum hat sie weni-
ger Arbeit, wenn sie Sunlicht Seife
gebraucht. Die Antwort ist einfach:
Sunlicht Seife
ist reinste Seife, sie reinigt von
selbst und erhält die Wäsche; sie er-
spart der Hausfrau viel Mühe, harte
Arbeit und unnötige Fickstunden.

RUDI FELO

Bucherei
empfiehlt
**Riesen-
Salz-
heringe**
Stk. 7 Pfg.
**Bismarck-
heringe**
Kollmöpfe
Sering
in Gelee
Liter-Deje
Mk. 1.10
Bucherei

Reichhaltigstes Lager in **Bettfedern** und **Daunen** in allen Qualitäten von **160 Mk.** an

Fertige Deckbetten u. Kissen Inlett nur prima Fabrikate, am Stück Nähen und Füllen im Besein der Käufer ohne Berechnung! Versand frei!

Bettenhaus Buchdahl
Karlsruhe Kaiserstr. 164
Nähe Post 1219

Ernst Kratz
Waldstr. gegenüber der Hofapotheke

Rasierklängen bester Marken.
Rasierklängen, Messer, Schleiferei

Die Schwimmhalle des städt. Bierordbades ist ab Montag, den 23. ds. Mts. jeweils Montag und Mittwoch vormittags von 9-11 Uhr **für Frauen geöffnet**

Knorr-Suppen-Speisezettel

Montag:	Grünkern-Suppe	mit Knorr Suppenwurst. 1 Stück 35 Pfennig für 6 Teller Suppe.
Dienstag:	Blumenkohl-	
Mittwoch:	Tomaten-	
Donnerstag:	Pilz-	
Freitag:	Krebs-	
Samstag:	Spargel-	
Sonntag:	Ochschwanz-	

Wir suchen tüchtige **Maschinenformer**

Bedingungen: langjährige Erfahrung, von Geburt Süddeutscher, verheiratet, möglichst zahlreiche Familie.

Geboten wird: guter Verdienst, Einfamilienhaus mit 4 Wohnräumen, Küche, Waschküche und Stall, außerordentlich gute Lage.

Bedingungen vom 21. bis einschließlich 23. ds. Mts. bei unserem Notarmeister Herrn Kraum, Schwannstraße 19. 210

Eisenwerk Delmenhorst
Aktiengesellschaft
Delmenhorst.

Besuchen Sie bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund Möbelhaus
Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl

Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns kostenlos beraten!

Baubund Möbelhaus
Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

„Schmiede“
Der Film des Proletariats

Zur Frühjahrsausfaat

Sämtliche Gemüse- und Blumen sämereien, Klee- u. Grasamen, Runkelrüben (Eckendorfer Riesen), Mais, Welschhorn, Felderbsen und Wicken, sowie Hüll-Blumenzwiebeln, niedere und hochstehende Rosen, Johannis- und Stachelbeer

sind in guter Qualität und annehmbaren Preisen bei der

Samenthandlung Rast
in Knielingen, Hildstraße 3 zu haben. 1463

Sämtliche Lebensmittel
kaufen Sie stets zu **Konkurrenz-Preisen** und nur erstklassigen Qualitäten bei den **„Kola“** Mitgliedern erkenntlich durch Mitgliedschild.

Bucherer empfiehlt

Schweine-Schmalz garantiert rein Pfd. 95 Pfg. und 105 Pfg.

Cocosfett Pfund-Tafel 64 Pfg.

Bachöl Ia Str. 1.30 Str.

Wischöl Pfd. 60 Pfg. und 78 Pfg.

Pflaumen Pfd. 42 Pfg. und 52 Pfg.

Dampfpfäfel Pfd. 90 Pfg.

Margarin

Birnschnitz Pfd. 52 Pfg.

Bucherer

Badische Landwirtschafts-Bank
e. G. m. b. H. Karlsruhe Lautenbergstr. 3

Haftsumme 15 Millionen ::
Geschäftsanteile 1,5 Millionen

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Annahme von Spareinlagen zu den günstigsten Zins-Bedingungen.

Schürzen in großer Auswahl für Damen und Kinder aus soliden Stoffen in jeder Modart, laufend billig, empfiehlt 1421

Frieda Stroß, Weberplatz 43 3. St.

Stittlinger Anzeigen. Das Arbeits- und Fürsorgeamt ist am Montag, den 23. Februar d. J. wegen Umzugs geschlossen. Von Dienstag, den 24. Februar an befinden sich alle Geschäftsräume im bisherigen Verwaltungsamt (ehemaligen Pfisterstamm) im alten Schloß. Stittlingen, den 20. Februar 1925. Der Bürgermeister

Union-Theater
Der große Doppelspielplan!

Die Favoritin des Maharadchah
Filmspiel in 5 Akten
In der Hauptrolle: **Carmen Cartellieri.**

Außerdem:
Das Opfer der großen Welt.
Gesellschaftsdrama in 6 Akten. 1492

Voranzeige!
Ab Freitag, den 27. Februar 1925: Der größte Film dem Welt!
„Die 10 Gebote!“ 13 gewaltige Akte.

Aus der Mappe des kleinen Moritz.



„Gib mir den Groschen und ich gebe dir...“

Moritz meint natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebewohl-Ballenscheiben** für die Füsse, erhältlich in Blechdosen (8 Plaster 75 Pfg.) in Apotheken und Drogerien.

1460

Herren-Artikel

Oberhemden	weiß	Stück 6.50	6.90
Oberhemden	mit 2 Kragen, farb.	Stück 6.00 5.50	4.90
Einsatz-Hemden	mit Piqué-Einsatz	Stück 2.95 2.30	2.10
Nachthemden	aus prima Stoff	Stück 5.00	5.20
Socken	einfarbig	Paar 40, 3 Paar	1.10
Socken	bunt gestreift	Paar	95, 3
Hosenträger		Paar 1.10 0.95 0.85 0.75	0.65
Schlafanzug	gute Qualität	Stück	12.50
Herren-Unterhosen		Paar 2.30 2.20 2.10	1.95
Herren-Hemden	wollgemischt	Stück	2.95
Sportkragen	Piqué	Stück	25, 3

Selbstbinder, breite Form eleg. Muster
Stück 1.95 0.95 1.60 1.40 **75**

Paul Burchard

"Friedrichshof"
Fastnachtsonntag, 22. Februar im Festsaal
Großer 3. d. U. Masken-Ball
Beginn 8 Uhr Saalöffnung 1/2 Uhr
Ende 12 Uhr
Erstklassiges Ballorchester.
Eintritt: Mitglieder 1.- Mk., Gäste 2.- Mk. einschl. Steuer uho. Kartenverkauf auf der Geschäftsstelle Karl Friedrichstr. 28 II und am Büfett des Friedrichshofs. 1400

Gefangverein Badenia e. V.

Freitag, den 20. Febr. abends 8 Uhr, in sämtl. Räumen der Gefhale
Großer Masken-ball
3 Ballorchester, Prämierung der originellsten Gruppen und Einzelkostüme, 2 Gruppen, 3 Damen- u. 2 Herrenpreise. Das Preisgericht besteht aus Herren, die dem Verein nicht angehören, Gruppen- u. Einzelpreisen, die auf Freie reflektieren, müssen spätestens um 1/2 10 Uhr im Saale anwesend sein.
Im klein. Saale: Kabarettvorführungen, Ballmusik, Streichorchester, Bildkabinett im großen u. H. Saal. Ab 10 Uhr im Vortraumel **Bohnerfest** mit Schrammelmusik.
Nach der Preisverteilung Demaskierung Eintritt für Nichtmitglieder Mk. 3.- einschl. Steuer, Einlassgebühr und Taxageld. An der Abendkasse Mk. 4.-, Vorverkauf außer bei den an den Platztäulen bekannt gegebenen Stellen ab Sonntag, 22. Februar bei Stadigarneinehrmer Brunner, Wöhrer Mitglieder bevorzugen wir auf die besonderen Befanunmadungen in der Vereinszeitung. Alles Nähere siehe Platztäulen. — Unabdingbare Karten und Kostüme (Maden, Sagenbunden uho.) sowie Juchendliche unter 16 Jahren werden rüchichtslos zurückgewiesen.

Gesang-Verein „Freundschaft“ Karlsruhe

Samstag, 21. Februar

Masken-Ball

in den unteren Räumen des Café „Nowack“
Der Vorstand.

Zum „Salmen“
am Ludwigsplatz 1488
Heute **Schweinsknöchel** mit Musik
Fastnachtsonntag, vorm. v. 11-1 Uhr
Urildeler Frühschoppen
Der schöne Fritz u. seine andere Hälfte.

Woll-Westen

besonders vorteilhaft!

Sportweste reine Wolle Mk. **9.00**
Kinderweste
Größe 1 2 3 4
Mk. **3.90 4.90 6.40 7.40**

Restbestände
besserer Westen u. Jumper
weit unter Preis!

Paul Burchard

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Sonntag, den 22. Februar, vormittags von 11 bis 1 Uhr
Frühschoppen-Konzert
im Lokal zur Gambinushalle. Wir eruchen unsere Mitglieder, sowie die Mitglieder des Wasserportvereins um recht zahlreiche Beteiligung. Der Turnrat.

Burghof
Karl Wilhelmstr. Nr. 50
Fastnacht-Sonntag große
Narren-Sitzung
mit anschließendem Tanz. — Auftreten der berühmtesten Bittin-Redner von Deutschland und den umliegenden Ortschaften. — Beginn 6 11 Uhr.

Narren-Sitzung

mit anschließendem Tanz. — Auftreten der berühmtesten Bittin-Redner von Deutschland und den umliegenden Ortschaften. — Beginn 6 11 Uhr.

Arbeiter! Werbet für Euere Zeitung!

Pfannkuch
Stets frisch gerösteter
Kaffee
Bund von 300 Stk. an
Banko-Kaffee
auserlesene Mischung
1/2 Pfd. 90 Stk.
1/2 Pfd. 1 80 Stk.
Mehmer-Kaffee
auserlesene Mischung
1/2 Pfd. 1 90 Stk.
Befand nach auswärts.
Pfannkuch

FRIEDRICHSHOF
Fastnacht-Sonntag, 22. Februar, vormittags von 11-1 Uhr:
Frühschoppen-Konzert
Frische Bock- u. Schweinswürste, ff. Weine, Zwiebelkuchen
Menü für Sonntag zu Mk. 1.- (10 Karten 8.-)
Nach Wahl: Mailänder Suppe, Kalbsrouladen m. versch. Gemüsen oder: Schweinskeule auf Jägerart mit Kartoffelkiss oder Roastbeef mit Madeiratunke pommes-frites und Salat.
Menü zu Mk. 1.70 (10 Karten 15.-)
Mailänder Suppe, Fischmayonnaise, Roastbeef m. Madeiratunke, pommes-frites und Salat, Berliner Kraption oder Kuchen oder Käse.
Abends 7 Uhr **Großes Konzert** Kapellen
bei freiem Eintritt
Reichhaltige Abendkarte mit verschiedenen Spezialitäten, ff. Singsp. Exportbiere und Ratscherrbräu.
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Hermann Stehlin.**

Seifenpulver-Seifen
Techn. Oele u. Fette
Dötterbeck & Cie.
Karlsruhe, Baden.
Büro: Rudolfstraße 22 / Telephon Nr. 2466
Kleinverkauf.

Deruäftig. Ehepaar such. 2ob. 33immerwohng. gegen Abhandlung od. Zuhandlegungso ca. 2000 Mark. Interessenten such. Effert. unt. Nr. 1433 an d. Soltsfreundbüro erbeten.

Arbeiter! Werbet für Euere Zeitung!

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute:
Großer Doppel-Spielplan!
Nr. 1
Das MilliardenSouper
Eine Komödie in 5 Akten, nach der gleichnamigen Operette, bearbeitet von Franz Rauch.
In der Hauptrolle: **Ossi Oswald.**
Nr. 2
Der Evangelimann
Schauspiel in 6 Akten, nach der gleichnamigen Oper von Wilhelm Kienzl.
In den Hauptrollen: **Hanni Weisse - Paul Hartmann**
Anfang der einzelnen Vorstellungen um 4 Uhr, 6.30 Uhr und abends pünktlich 8.50 Uhr.

Die Inhaber der im Monat Juli unter Nr. 22079 bis mit Nummer 26197 ausgegebenen beizunenen Pfandbilleten werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 6. März 1925 anzuliefern oder die Befreiung zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. Karlsruhe, 20. Febr. 1925. Städt. Pfandbriefkaffe.

Pafbilder
für Reise und Fahrkarten sofort
Offert-Photos
Billigste Preise
Photogr. Atelier **Rausch & Pester**
Erbbirnenstr. 3

Pfannkuch
Feinster Indischer u. Chinesischer
Te
offen 1/4 Pfund von 90 Stk. an
Phanto- u. Mehmer-Te
in den bekannesten Packungen.
Garantierter reiner
Kakao
1/2 Pfd. 70 Stk. an
Befand nach auswärts.
Pfannkuch